



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

Budgetbuch 2011

**Fachbereich 6
Stadtentwicklung**

Budgetbuch Fachbereich 6 Stadtentwicklung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1 - 4
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3. Produktplan	15
4. Planungsreport	17 - 29
5. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1 Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	30 - 31
5.2 <i>Produktgruppe 600 Städtebauliche Planung und Geoinformationen</i>	
5.2.1 Produkt 100 Städtebauliche Planung	32 - 34
5.2.2 Produkt 200 Geoinformationen	36 - 39
5.2.3 Produkt 300 Grünordnungs- u. Freiraumplanung	40 - 42
5.3 <i>Produktgruppe 610 Bauen und Wohnen</i>	
5.3.1 Produkt 100 Bauordnung und Bauaufsicht	44 - 46
5.3.2 Produkt 200 Bau- und Grundstücksservice	48 - 50
5.3.3 Produkt 300 Wohnungsbauförderung	52 - 54
5.3.4 Produkt 400 Denkmalschutz und Denkmalpflege	56 - 58
5.4 <i>Produktgruppe 620 Umweltschutz</i>	
Produkt 100 Umweltschutz	60 - 63

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2009 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2009 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2009 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 1

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2009 (GV. NRW 2009, S. 950) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 24.02.2011 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	164.257.020 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	181.650.834 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	156.490.716 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	172.099.998 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	28.991.058 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	35.764.698 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2011 erforderlich ist, wird auf

10.000.000 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

18.197.800 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2011 wird auf

17.393.814 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2011 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1. | Grundsteuer: | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 440 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer: | |
| | auf | 422 v.H. |

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem **Jahresabschluss**, der Umsetzung des **NKF** sowie finanzneutrale Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen, die bei Strukturänderungen der Verwaltung und im Bereich der Personalwirtschaft erforderlich werden. Unerheblich sind ebenso alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die aus **finanzstatistischen Gründen** für die finanzneutrale Änderung von Sachkonten erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendun-gen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfi-nanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

- | | |
|--------------|--|
| kw.-Vermerk: | Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers. |
| ku.-Vermerk: | Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln. |

Detmold, 24.02.2011



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.420.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006		7019006	Honorare Projekte
5422013		7422013	Mieten
5431152		7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen/ Dienstbezüge
5012199	7012199	Personalaufwand / -auszahlung 2010/2011
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL- Beiträge, Umlagen
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5391199	7391199	Sachaufwand / -auszahlung 2010/2011
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstücksservice

Unterhaltungsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5211922	7211922	Ferdinand-Brune-Haus
5211923	7211923	Wittekindstraße
5211924	7211924	Jugendzentrum Detmold West
5211931	7211931	KiTa Georg-Weerth
5211934	7211934	KiTa Jerxen-Orbke
5211936	7211936	KiTa Hiddeser Berg

Ferner wird im Rahmen des Konjunkturpaketes II das Sachkonto 5391900 / 7391900 „Weiterleitung von Zuschüssen aus dem Konjunkturpaket II an private Träger“ der Produkte 006.200.100 „Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege“ und 003.400.100 „Schulen“ zu einem Budget verbunden.

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen sowie Software ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 3, 7 und 8. Hier gilt Folgendes:

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen“, „Transport von Kranken“ und „Transport von Notfallpatienten“ gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 7 sind alle Aufträge und Auftragssachkonten eines Produktes / einer Leistung gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Haus- und Grundstücksservice“; „Kanalbau“, „Abwasserbeseitigung“ und „Gewässerbau“, alle Hochbaumaßnahmen im Bereich der Schulen (mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte) und Sportstätten sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen sowie der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Eine weitere Ausnahme bilden die investiven Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II, Investitionsschwerpunkt „Infrastruktur“. Hier sind alle Maßnahmen an Gebäuden des Produktes 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice) gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind alle investiven Schulbaumaßnahmen des Konjunkturpaketes II, Investitionsschwerpunkt, „Bildungsinfrastruktur“, im Produkt Schulen (003.400.100) gegenseitig deckungsfähig.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **nicht** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen / FAIR

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend und Soziales

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141019 / 6141019 Zuweisung des Landes – Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich -	5318061 / 7318061 Weitergabe von Landeszuschüssen -Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich- 5331002 / 7331002 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.200.200: Kinder in der Offenen Ganztagschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141005 / 6141005 Zuweisung des Landes Projekt - zuverlässige Grundschule -	5318040 / 7318040 Aufwendungen Projekt - zuverlässige Grundschule -

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendemitteln
211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch die Hauptfürsorgestelle	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 4: Schule Bildung und Sport

Produkt 004.410.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.420.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.430.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden
6818000 Investitionszuwendungen übrige Bereiche (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle in Hiddesen	7851513 Auszahlungen für Hochbaumaßnahme - Friedhofskapelle Hiddesen - (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle in Hiddesen

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baum- schuttsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus und Marketing

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen – Straßentheaterfestival –	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen Indoor
4321215 / 6321215 Standgelder - Straßentheaterfestival	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 015.810.100: Tourismus

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4421000 / 6421000 Erträge aus Verkauf 4461009 / 6461009 Provisionen	5431025 / 7431025 Ankauf von Wanderkarten, Informati- onsmaterial u. ä.
4421006 / 6421006 Erlöse aus Anzeigenverkäufen	5431024 / 7431024 Prospektdruck und Tourismuswerbung
4461008 / 6461008 Einn. aus Buchungstätigkeiten, Reservie- rungssystem und Pauschalangebote	5431023 / 7431023 Ausg. durch Buchungstätigkeiten, Re- servierungssystem u. Pauschalangebote

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europ. Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produktplan Fachbereich 06 Stadtentwicklung

Produktgruppe		Produkt	
600	Städtebauliche Planung und Geoinformationen	100	Städtebauliche Planung
		200	Geoinformationen
		300	Grünordnungs- und Freiraumplanung
610	Bauen und Wohnen	100	Bauordnung und Bauaufsicht
		200	Bau- und Grundstücksservice
		300	Wohnungsbausevice
		400	Denkmalschutz und Denkmalpflege
620	Umweltschutz	100	Umweltschutz

Planungsreport

Fachbereich 06 Stadtentwicklung

I. Ausgangslage und Ausblick

1. Produkte des Fachbereichs Stadtentwicklung

Die Dienstleistungen des Fachbereichs Stadtentwicklung werden mit Beginn des NKF-Starts ab 2008 in folgenden acht Produkten und drei Produktgruppen erstellt:

Produktgruppe 600 „Städtebauliche Planung und Geoinformationen“

- 100 „Städtebauliche Planung“
- 200 „Geoinformationen“
- 300 „Grünordnungs- und Freiraumplanung“

Produktgruppe 610 „Bauen und Wohnen“

- 100 „Bauordnung und Bauaufsicht“
- 200 „Bau- und Grundstücksservice“
- 300 „Wohnungsbausevice“
- 400 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“

Produktgruppe 620 „Umweltschutz“

- 100 „Umweltschutz“

Die Leistungen der oben aufgeführten Produkte werden zu Beginn des Jahres 2011 von 47 Mitarbeitern erbracht. Unter Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigungen (15 Teilzeit, 4 Altersteilzeit) sind dies rd. 42,3 Stellen.

Im Laufe des Jahres 2009 wurden im Fachbereich Stadtentwicklung rd. 3,4 freierwerdende Stellenanteile nicht wiederbesetzt. Innerhalb des Jahres 2010 fielen insgesamt weitere rd. 1,75 Stellenanteile weg. Folgende Personalfuktuation ergab sich 2010:

- Zwei teilzeitbeschäftigte Kolleginnen aus dem Team 6.4 wechselten im Laufe des Jahres 2010 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Die Stellen wurden nicht wiederbesetzt.
- Eine teilzeitbeschäftigte Kollegin wurde vom FB 8 in den FB 6, Team 6.5 versetzt. Sie ist dort verantwortlich für die Koordination aller Aktivitäten und Projekte zum Klimaschutz, insbesondere der Projektkoordination bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold sowie im European-Energy-Award-Prozess.
- Der im Fachbereich Stadtentwicklung tätige Jurist wurde zum 01.05.2010 in den FB 1 versetzt. Ein Teil seiner bisherigen Aufgaben muss durch Aufgabenverlagerung innerhalb des FB 6 aufgefangen werden. Die juristische Beratung und Prozessvertretung erfolgt künftig zentral; die Kosten hierfür werden über „Aufwendungen aus interner Leistungsbeziehung“ vom FB 1 mit dem FB 6 verrechnet. Die direkten Personalkosten für den Juristen fallen im FB 6 im Gegenzug ab Mai 2010 weg; die sonstigen, direkt zurechenbaren Prozess- und Anwaltskosten werden dem FB 6 weiterhin direkt in Rechnung gestellt.

- Eine teilzeitbeschäftigte Kollegin im Team 6.1 beendete ihren Arbeitsvertrag. Ihre Aufgaben - im Bereich Denkmalschutz - werden derzeit durch Aufgabenverlagerung im Team wahrgenommen.

1.1 Städtebauliche Planung

Im Jahr 2011 wird die städtebauliche Planung den erfolgreichen Weg der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Branchenmobilisierung weiterverfolgen. Neben der planerischen Mobilisierung neuer Branchen gilt es, in der Umsetzung befindliche Projekte (Omnia) weiterhin aktiv zu begleiten.

Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt und einen großen Tätigkeitsbereich der Stadtplanung 2011 wird jedoch die Steuerung des Einzelhandels in Detmold ausmachen. Durch Bauleitplanung wird gezielt die Ansiedlung von Einzelhandelsstrukturen in Ortsteilzentren gefördert, um Versorgungslücken zu schließen. Es gilt das erklärte stadtstrukturelle Ziel umzusetzen, Versorgungsbereiche wieder dezentral zum Bürger in die Ortsteile zu lenken. Außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche gilt es, Einzelhandelsentwicklungen zu stoppen bzw. ggf. zurück zu entwickeln.

Als wesentliche Leistungen werden innerhalb des Produkts Städtebauliche Planungen in 2011 erbracht:

Erarbeitung und Bearbeitung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplanänderungen, Vorhaben- und Erschließungsplänen, sonstigen städtebaulichen Satzungen, Rahmenplänen, Stadtentwicklungsplanung, Standortuntersuchungen, Lärmaktionsplänen, planungsrechtlichen und städtebaulichen Stellungnahmen und Lärmschutzgutachten zu Bauleitplänen, Bauvorhaben und städtischen Einrichtungen wie z. B. Sportplätze.

Das Arbeitsprogramm begründet sich überwiegend durch die vom Fachausschuss beschlossene Prioritätenliste. Für die Aufstellung der Liste wurden folgende Ziele aus der Baulandstrategie abgeleitet:

- Bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohnbauland
- Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche
- Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden
- Ausnutzung vorhandener Infrastruktur und Erschließungsanlagen

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzungen wurde folgende Rangfolge bei der Aktivierung von Bauflächen festgelegt:

1. Hohenloh
2. Gewerbebrachen
3. Flächen in städtischem Eigentum
4. erschlossene andere Flächen
5. nicht erschlossene andere Flächen

Für das Jahr 2011 sind u. a. folgende große Arbeitsschwerpunkte geplant bzw. befinden sich in der Bearbeitung:

- Umsetzung des städtebaulichen Konzepts Einzelhandel
Ziel: zukunftsorientierte Steuerung des Einzelhandels durch langfristige Sicherung und Optimierung der Nahversorgungsstrukturen im Stadtzentrum und in den Ortsteilen und Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche, Bestandsfortschreibung „real“ und „Kaufland“
- Revitalisierung von Gewerbebrachen

(ehem. Fachhochschule, ehem. Omnia-Werke, ggf. ehem. Bundeswehrkrankenhaus, ggf. ehem. Temde-Fabrik, ggf. Schlachthof)

- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- 01-30/09 „Lemgoer Tor“

Ziel: Vorbereitung der Ansiedlung eines Multiplexkinos

- Vorbereitung der Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes

Darüber hinaus werden investorenabhängige Projekte (z. B. „Berkenhoff“, Multiplexkino, Studentisches Wohnen, etc.) in 2011 in Form von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen weiter vorangetrieben.

Die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes zu einem lebendigen Quartier mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Lernen und Einkaufen wird im Jahre 2011 fortgesetzt. Die bereits genehmigte Seniorenwohnanlage am Kasinogarten wird schrittweise realisiert. Im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms Stadtumbau West kann das Musikcollege OWL als erste geförderte Maßnahme umgesetzt werden. Auf der Basis dieses Pilotprojekts werden die Verhandlungen und Planungen für die Umnutzung weiterer Gebäude an der Richthofenstraße in Wohnungen und Bildungseinrichtungen geführt. Nach der erfolgreichen Ausschreibung des Grundstücks „Exerzierplatz“ wird im Jahre 2011 das Bebauungsplanverfahren Nr. 01-75 „Elisabeth-Lange-Straße“ fortgesetzt. Nach Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben kann die Entwicklung im gewerblichen Bereich durch die Erschließung des Gewerbegebietes „Munitionsdepot“ vorangetrieben werden.

Eine ebenfalls mit Priorität zu bearbeitende Aufgabe ist die Analyse der Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Die Stagnation der Bevölkerungszahl aufgrund der geringen Geburtenquote und der rückläufigen Wanderungsgewinne sowie das zunehmende durchschnittliche Alter der Bevölkerung sind wichtige Bestimmungsgrößen für den Wohnungsmarkt, den Grundstücksmarkt, den Handel, das Dienstleistungsangebot, den Arbeitsmarkt, das Sozialsystem, die öffentlichen Finanzen und die Infrastrukturnachfrage. Der kürzlich erarbeitete Demografiebericht Heidenoldendorf zeigt hierfür konkrete Handlungsansätze auf. Diese gilt es in 2011 ff. konkret anzugehen und durch stadtplanerisch notwendige Planungen zu flankieren.

Es ist zudem beabsichtigt, in 2011 den Belang des Klimaschutzes verstärkt in alle Bereiche der Stadtplanung und Stadtentwicklung einfließen zu lassen.

1.2 Geoinformationen

Die Führung und Weiterentwicklung des *Kommunalen Raumbezogenen Informationssystems (KRIS)* der Stadt Detmold wird auch 2011 ein Schwerpunkt des Produktes „Geoinformationen“ sein.

Das Geodatenmanagement, die Organisations- und Programmentwicklung, Support, Systempflege und Schulung von 21 DesktopGIS-Arbeitsplätzen (ArcGis, GeoOffice), WebGis-Betreuung im Intranet-/Internet (Geodatenportal), Datenerfassung und -pflege sowie das GeoConsulting sind tägliche Einsatzfelder in diesem Produkt.

Seit 2009/2010 besteht eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Lemgo und Minden. Die bei der Stadt Detmold vorhandene Geodateninfrastruktur (GDI) wurde in diesen Stadtverwaltungen erfolgreich durch das Team GeoService implementiert. Einige Geoinformationen (Geobasisdaten und Geofachdaten, Fachanwendungen) konnten bereits umgesetzt werden und

stehen den Anwendern über das Geodatenportal zur Verfügung. Das Team GeoService begleitet den Aufbau des Projektes durch Schulung, Support und Consulting. Entwicklungen bei Fachapplikationen werden in gegenseitigen Absprachen vorgenommen.

Die Datenpflege von mittlerweile über 140 Geobasis- und Geofachdaten sowie Fachanwendungen und Applikationen, die zum großen Teil im Geodatenportal zur Verfügung stehen, wird 2011 und den folgenden Jahren einen immer größeren Zeitrahmen beanspruchen, da die meisten Daten im Team GeoService gepflegt werden. Durch die Weiterentwicklungen des Geodatenportals zu einem editierbaren System können immer mehr Datenbestände kleinerer Anwendungen in den Fachteams gepflegt werden (z. B. Baustellen und Straßenplanungen, Einzelhandelsleerstände und Baulandkataster).

Für 2011 ist geplant, die bereits erfassten Daten für die Signalanlagen und Leuchtstellen in einem Leitungskataster mit Anbindung an die jeweilige Fachanwendung im Geodatenportal zur Verfügung zu stellen. Ebenso wird das Baulastenverzeichnis mit Auskunft aus dem Archiv in das BBG-Programm eingebunden sein. Für die Feuerwehr soll ein Thema mit allen für den Einsatz benötigten relevanten Daten wie Löschwasserstellen, Gewässer, Grundrisse der Gebäude, Anzahl der Einwohner oder Evakuierungsanalysen entwickelt werden. Über das Geodatenportal stehen die Daten dann auch an der Einsatzstelle zur Verfügung. Der Dienst für den Bürger im Internet soll um die Wander- und Naherholungswege in Detmold sowie weiteren Stadtinformationen (Points of Insert) ausgebaut werden.

Geplant ist auch, einen Dienst aufzubauen, in dem Auswertungen und Statistiken von raumbezogenen Daten (z. B. Einwohnerdaten/Altersstrukturen für bestimmte Bereiche, Analysen zu Einzugsgebieten, Zensus 2011) angeboten sowie der Export von Daten in verschiedene Datenformate ermöglicht wird.

Die EU-Richtlinie "Infrastructure for Spatial Information in Europe" (INSPIRE) ist schrittweise (Annex I-III) in den nächsten Jahren verpflichtend für Behörden umzusetzen (Geodatenzugangsgesetz). Ziel von INSPIRE ist es, unter Einhaltung von EU-weit einheitlichen Spezifikationen Geodaten, Geodatendienste sowie Metadaten interoperabel (als Dienst) bereit zu stellen.

Ebenso ist EU-weit geplant, ein einheitliches Raumbezugssystem ETRS89/UTM (Europäische Terrestrische Referenzsystem 1989 mit UTM Projektion) einzuführen. Die Transformation sämtlicher Koordinaten des bisherigen Raumbezugssystem (Gauß-Krüger-Koordinaten) wird eine schwierige und zeitintensive Aufgabe (Transformation und Homogenisierung der umfangreichen Datenbestände, Tabellen und Anwendungen mit Koordinateneinträgen), deren Aufwand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar ist.

Die Erstellung von *Planungsgrundlagen* für den Kanal- und Straßenbau sind von den anfallenden Baumaßnahmen anderer Produktgruppen (fachbereichsübergreifend) geprägt. Die Erstellung und Ausarbeitung von *Planungsgrundlagen* in der Bauleitplanung (insbesondere die Festlegungsrisse) richten sich nach der vom Fachausschuss beschlossenen Prioritätenliste.

Die Leistungen in der *Entwurfs- und Bauvermessung* werden von anfallenden Verwaltungsaufgaben fast aller Fachebenen und Projekte geprägt und definieren sich aus den von der Politik vorgegebenen Prioritäten in Zusammenarbeit mit den für die Aufgabenabwicklung zuständigen Fachbereichen.

Neben der notwendigen Datenerfassung für die Erstellung von *Planungsgrundlagen* für Kanal-, Straßen-, Hochbau- und Bauleitplanung wird das Aufgabenspektrum ergänzt durch vermes-

sungstechnische Überprüfungen und Dokumentation von baurechtswidrigen Tatbeständen, Betreuung von Baumaßnahmen und notwendige koordinierende Arbeiten zwischen Tiefbau, Immobilienmanagement und Bauaufsicht.

Die Vermessung ist bemüht, durch schnelle Verfügbarkeit vor Ort aktuelle Baumaßnahmen zeitnah zu betreuen.

1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung

Durch die im Baugesetzbuch geregelten erweiterten rechtlichen Anforderungen an den Umweltschutz und dem Aufgabenbereich der Grün- und Freiflächenplanung ergeben sich folgende Aufgaben:

- Beiträge zum Flächennutzungsplan
- Beiträge zu Bebauungsplänen
- Umweltberichterstattung und –monitoring
- Beiträge zu Fachplänen anderer Behörden
- Landschaftspflegerische Begleitpläne
- Grün- und Freiraumplanung
- Planung, Ausschreibung, Überwachung, Abrechnung von Freianlagen
- Mitwirkung bei Baugenehmigungsverfahren
- Ausgleichsflächenmanagement
- Umsetzung der Baumschutzsatzung (s. Produkt Umweltschutz)
- Energiesparen / Klimaschutz (s. Produkt Umweltschutz)
- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit (s. Produkt Umweltschutz)

Die grünplanerischen Fachbeiträge zu den Bebauungsplänen wie Umweltberichterstattung, Eingriffsregelung und das Umweltmonitoring als umfassendes Prüfverfahren werden auch weiterhin mit eigenen Kräften durchgeführt, da sich diese Vorgehensweise als wirtschaftlicher gegenüber externen Vergaben erwiesen hat.

Die 2004 aus dem FB 7 in den FB 6 verlagerte Grün- und Freiraumplanung beinhaltet u. a. die Fachplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Sie beinhaltet auch die Planung, Ausschreibung, Überwachung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen für Sport-, Spiel- und sonstige Freianlagen sowie die Überwachung der externen Architektenleistungen. Die zu erbringenden Leistungen im Bereich der Grün- und Freiraumplanung - und hier insbesondere in der Objektplanung - sind abhängig von dem zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen und der Auftragsvergabe anderer Fachbereiche.

Für die Maßnahme II. Bauabschnitt „Parklandschaft Friedrichstal“ sind für 2011 Planungskosten in den Haushalt eingestellt worden. (vgl. unter 2. Teilfinanzplan).

Im Bereich des Hasselter Platzes wird ein Duplikat der Skulptur „Het Borrelmanneke“, wie sie in der Partnerstadt Hasselt steht, aufgestellt. Es entsteht eine kleine Anlage mit Sitzgelegenheiten. Weiterhin wird eine Info-Tafel mit Informationen über Hasselt aufgestellt.

In Hohenloh ist an der Günter-Groenhoff-Straße die Errichtung eines Spielplatzes vorgesehen. An verschiedenen Außensportanlagen sollen Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Im Zuge der Umsetzung des Handlungskonzeptes Demographie Heidenoldendorf sind auch im Aufgabenbereich Grün- und Freiraumplanung verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen worden.

Zu einzelnen empfohlenen Projekten sind nähere Untersuchungen vorzunehmen und Konzepte zu erarbeiten.

1.4 Bauordnung und Bauaufsicht

Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

Im Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ ist die Anzahl der Bauanträge seit dem Jahr 1999 auf ungefähr gleich bleibendem Niveau.

- Für 2011 wird sich die Zahl der Bauanträge für Einfamilienhäuser auf einem ähnlichen Niveau wie 2010 einstellen. Der Trend geht weg vom Neubau von Einfamilienhäusern, hin zum Erwerb von vorhandenen Gebäudeteilimmobilien und An- bzw. Umbauten sowie energetische Sanierung für den jeweiligen persönlichen Bedarf. Die Zahl der untergeordneten baulichen Anlagen, wie Carports, Schuppen etc. wird sich auf dem gleichen Niveau wie 2010 einpendeln.
- Die wirtschaftliche Erholung könnte im Jahr 2011 zur Erhöhung von Bauanträgen insbesondere auch gewerblicher Nutzung führen, da die Investitionsbereitschaft wieder zunehmen wird, es wird aber erst einmal davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Bauanträge insgesamt auch für gewerbliche Nutzungen auf dem Niveau von 2010 entwickeln werden.
- Die im Jahre 2008 gefassten Aufstellungsbeschlüsse sind durch die im Jahre 2009 erteilten Baugenehmigungen und Bauabnahmen in 2010 abgearbeitet worden.

Für die Beurteilung von Bauvorhaben sind unterschiedliche Informationen (z. B. Bebauungspläne, Kanalkarten, Flächennutzungsplan, Altlastenkataster, etc.) notwendig. Diese unterschiedlichen Informationen werden im Geoinformationssystem der Stadt Detmold in digitalen Karten zur Verfügung gestellt. Durch die laufende Erweiterung dieses Geoinformationssystems ist es erreicht worden, die für die Beurteilung eines Bauvorhabens notwendigen Informationen weitgehend am Arbeitsplatz bereitzustellen, sofern nicht externe Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden müssen.

Infolgedessen hat sich die Dauer der Baugenehmigungsverfahren bereits erheblich verringert.

- Das Ziel, im Bereich Vor- und Baubescheide die Laufzeit des Genehmigungsverfahrens ohne externe Beteiligung auf sieben Tage zu begrenzen, wird weiter verfolgt.
- Bei der notwendigen Beteiligung externer Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens soll die Laufzeit von sechs Kalenderwochen nicht überschritten werden.
- Dieses Ziel hat auch Berücksichtigung gefunden in einer Zielvereinbarung zur Beschleunigung von gewerblichen Bauvorhaben, die der Kreis Lippe unter der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe aufgestellt hat. Diese Zielvereinbarung haben neben den Städten und Gemeinden auch eine Vielzahl von Behörden, die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden, unterschrieben. Unter anderem hat diese Zielvereinbarung zum Inhalt, Beteiligungsfristen festzuschreiben und die Kommunikation mit den Bauherren und Entwurfsverfassern zu beschleunigen. Eine Auswertung hat noch nicht stattgefunden; allerdings hat diese Zielvereinbarung zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von gewerblichen Bauanträgen geführt.

1.5 Bau- und Grundstücksservice

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde mit NKF-Beginn 2008 aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ gebildet.

Aufgrund der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens nach § 3 Bürokratieabbaugesetz wurden Leistungsumfang und Kennzahlen ab 2006 im Bereich „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“ geändert. Seit der Versetzung des Juristen vom FB 6 in den FB 1 im Mai 2010 wurden und werden die im FB 6 verbliebenen Aufgaben werden weiterhin innerhalb des Teams 6.4 insbesondere durch den Teamleiter (Produkt Wohnungsbauservice) aufgefangen.

Im Bereich „Baulasten“ sind die Eintragungen weiterhin abhängig von der zukünftigen Zahl der Baugenehmigungen und der Grundstücksteilungen. Bemerkenswerte Änderungen gegenüber dem Vorjahr werden nicht erwartet. Auch in diesem Aufgabenbereich läuft seit 2007 die Digitalisierung des archivierten Aktenbestandes und der aktuell abgeschlossenen und zu archivierenden Fälle. Im Arbeitsbereich „Grundstücksteilungen, Vorkaufsrechte, Hausnummern, Straßenbenennungen“ ist nicht mit gravierenden Änderungen zu rechnen.

Ziel des Projekts „Digitalisierung Bauarchiv“ ist, den bisher in Papierform archivierten Aktenbestand im Bauarchiv zu digitalisieren, weil die Lagerkapazität des Bauarchivs mit rund 1.000 lfd. Metern Akten erschöpft ist. Die Digitalisierung des Bauarchivs wird seit 2005 mit eigenem städtischem Personal durchgeführt. Unabhängig von der Digitalisierung des Archivbestandes werden seit Beginn der Arbeiten auch die aktuell abgeschlossenen und zu archivierenden Bauakten digitalisiert, so dass letztlich die Digitalisierung zu einem laufenden Geschäft der Verwaltung geworden ist. Auch der Fachbereich 5 nutzt inzwischen die Scanner, um die Kanalakten zu digitalisieren.

Die für den Projektzeitraum gebildete separate Leistungsebene ist weggefallen. Daher vermindern sich beim Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ die Aufwendungen erheblich. Ein Teil der anteiligen Aufwendungen wurden auf das Produkt 010.610.100 Bauordnung und Bauaufsicht verteilt. Insgesamt kommt es gegenüber den Vorjahren erneut zu Einsparungen.

1.6 Wohnungsbauservice

Seit 2007 ist der Kreis Lippe Bewilligungsbehörde für Wohnraumfördermittel; die Stadt hat nur noch beratende Funktion bzw. hat zum Bedarf im Mietwohnungsbau Stellung zu nehmen. Der Regierungswechsel des Jahres 2010 in NRW hat eine grundlegende Überarbeitung des Förderrechts mit sich gebracht, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt wurde die Förderung stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Die daraus resultierende Entwicklung bleibt abzuwarten.

Im Bereich *Wohnungsbindung* werden die Leistungsumfänge gegenüber dem Vorjahresniveau erneut leicht ansteigen. Es besteht aber weiterhin eine entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt und im Mietwohnungsbau ist eine steigende Investitionsbereitschaft erkennbar.

1.7 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben hat sich die Stadt Detmold durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Programm Historischer Stadtkerne in NRW“ verpflichtet, alle historischen

Gebäude aus dem Kulturgutverzeichnis zeitnah auf den Denkmalwert zu prüfen und gegebenenfalls in die Denkmalliste einzutragen.

Von den 1.045 baulichen Objekten dieses Verzeichnisses sind von 1980 bis August 2010 891 Objekte auf ihren Denkmalwert überprüft worden, 666 davon sind als Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen worden. In 2011 werden voraussichtlich weitere 25 Objekte auf ihren Denkmalwert geprüft, davon erfüllen erwartungsgemäß ein Drittel die Voraussetzungen der Eintragung in die Denkmalliste.

Von Seiten der Denkmaleigentümer, Architekten und Bauhandwerker besteht eine große Nachfrage nach Beratungen bezüglich der Erlaubnisfähigkeit bei Veränderungen der Fördermöglichkeiten und Steuervergünstigungen. Diese Leistungen erfordern einen hohen Zeitaufwand, der durch ein qualitativvolles Ergebnis am Baudenkmal und durch die positive Resonanz der Beteiligten gerechtfertigt ist.

Die Landesregierung wird sich zukünftig an dem Förderungsprogramm Stadtpauschale nicht mehr beteiligen. Förderungsmittel hierfür werden von der Stadt Detmold allein bereitgestellt.

1.8 Umweltschutz

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte sind im Produkt Umweltschutz insbesondere zu nennen:

- Energiesparen und Klimaschutz

Angesichts der auch im öffentlichen Bewusstsein gestiegenen Bedeutung des Klimaschutzes ist gerade auf kommunaler Ebene weiterhin zusätzliches Engagement gefordert. Dem wird Detmold durch das Klimaschutzkonzept gerecht. Dessen weitere Umsetzung ist Aufgabe für die kommenden Jahre. Neben Maßnahmen im direkten Einflussbereich der Stadt, d. h. insbesondere am eigenen Gebäudebestand, gilt es, eine große Breitenwirkung zu erreichen. Schwerpunkte bilden dabei:

1. die Betreuung des 2010 neu gebildeten Klimabeirates mit dessen Hilfe einerseits externer Fachverstand für den kommunalen Klimaschutz genutzt werden kann, mit dem andererseits der Gedanke des Klimaschutzes weiter verbreitet werden soll,
2. die Bildung eines verwaltungsinternen „Energieteam“ (mit Unterstützung durch Stadtwerke und SVD) zur Beteiligung der Stadt Detmold am European Energy Award[®], womit seit 2010 ein in vielen Kommunen erprobtes Controllinginstrument zur Bewertung des städtischen Klimaschutzes nun auch in Detmold eingesetzt wird.
3. Angesichts des hohen Sparpotentials bleibt der Energieverbrauch in Gebäuden auch in Zukunft von großer Bedeutung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Neben Maßnahmen im Neubau (Beratung, verstärkte Bemühungen um Einhaltung von Wärmeschutzvorschriften) bleibt auch der Gebäudebestand von Bedeutung (Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, Förderprogramm nachträgliche Wärmedämmung; gezielte Aktionen wie z. B. Thermografie).
4. Darüber hinaus ist es wünschenswert, auch den Verkehr als großen Energieverbraucher weiter in Richtung Klima-, Umwelt- und Stadtverträglichkeit zu optimieren.

- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation erfolgt immer stärker über neue Medien; deshalb werden die Internetseiten des FB 6 im Allgemeinen und des Bereichs Umweltschutz im Besonderen laufend optimiert, ausgebaut und aktualisiert. Die hohe Akzeptanz des Mediums gerade bei Jugendlichen wird zunehmend für die Umweltbildung genutzt.

- Umsetzung der Baumschutzsatzung

Die Anzahl von Anträgen nach Baumschutzsatzung ist seit Jahren auf etwa gleich bleibendem Niveau, ebenso das Verhältnis von positiven und negativen Bescheiden. Einerseits kann durch bürgerfreundliche Handhabung ein Großteil der Anträge im Sinne der Antragsteller beschieden werden; andererseits gelingt es alljährlich, vor allem durch Beratung im Vorfeld, mehrere Dutzend Bäume zu erhalten. Dadurch, sowie durch Ersatzpflanzungen und gezielte Baumpflanzaktionen mit Hilfe von Ersatzgeldern, wird das Ziel der Baumschutzsatzung verwirklicht: die „Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes“ „zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“ sowie zur „Verbesserung des Stadtklimas und der ... Belebung, Gliederung und Pflege des Ortsbildes ...“ (§ 1 Abs. 2 BaumSchS). Die Bearbeitung der Anträge zur Baumschutzsatzung wird mit Hilfe von Online- Formularen weiter vereinfacht und verkürzt.

II. Teilergebnisplan und Teilfinanzplan

1. Teilergebnisplan

Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) wird der geplante Werteverzehr periodengerecht im gesamtstädtischen Ergebnisplan und in fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen dargestellt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres werden die Ergebnisse in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

1.1 Übersicht

Das „Ordentliche Jahrergebnis“ des Fachbereichs Stadtentwicklung ist laut Haushaltsbeschluss für 2011 im Teilergebnisplan mit rd. minus 2.905.600 € geplant und liegt damit rd. 132.000 € (rd. 4,5 %) günstiger als die Planung 2010.

Ergänzt um den negativen Saldo von rd. minus 515.900 € (rd. 40.300 € / 8,5 % günstiger als Plan 2010) aus internen Leistungsbeziehungen ergibt sich ein geplantes Gesamtergebnis 2011 (= Zuschussbedarf) von rd. minus 3.421.500 € (rd. 91.700 € / 2,6 % günstiger als Plan 2010).

1.2 Erträge

Als „ordentliche Erträge“ sind für 2011 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 1.287.800 € geplant. Gegenüber der Planung 2010 sind dies rd. 68.200 € / rd. 5 % weniger.

Vergleichender Hinweis: Ohne Berücksichtigung der Ertragsposition „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ i. H. v. rd. 778.200 €, die besonderen Schwankungen unterliegt, ergibt sich gegenüber der Planung 2010 eine Ertrags-Minderung von rd. 56.500 € (rd. 10,7 %).

Im Einzelnen sind für 2011 folgende Erträge geplant:

- Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. rd. 778.200 €

- Hierunter fallen insbesondere die geplanten Zuweisungen für die Fördermaßnahme im Bereich Stadtumbau West Hohenloh-Richthofenstraße. Für 2011 werden 552.000 € (70 %) Landes-/Bundes-Förderung und weitere 157.800 € (20 %) Förderung der Bundesanstalt Immobilienaufgaben (Erhöhung des Förderungssatzes von 10 % auf 20 %) in die Planung aufgenommen (vgl. Erläuterungen unter 1.3 bei Transferaufwendungen).
- Für das Programm „Historische Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ werden 52.900 € Landesförderung (70 %) erwartet.

- Für Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes werden 9.400 € Bundes-Zuwendung für die befristete Einstellung der Klimaschutzmanagerin geplant (vgl. Hinweis unter 1.3 Aufwendungen -Änderung der Förderkriterien-) und weitere rd. 5.520 € als Zuwendung im Zusammenhang mit der der Beteiligung am European Energy Award für externe Beratung.

- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte i. H. v. rd. 418.800 €

Hierunter fallen z. B. geplante Baugenehmigungsgebühren (350.000 €), Verwaltungsgebühren für Baulasten (15.000 €) und Teilungen sowie Vorkaufsrechtsprüfungen (25.000 €) und Verwaltungsgebühren für Statik (2.000 €).

- Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 23.200 €

Dies betrifft beispielsweise erwartete Kostenerstattungen Privater für beantragte Bauleitplanung.

- Sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 16.100 €

Hierunter fallen insbesondere geplante Bußgelder (10.000 €) und Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung.

- Aktivierte Eigenleistungen i. H. v. 51.000 €

Aktivierte Eigenleistungen werden entsprechend der Gemeindehaushaltsverordnung NRW dann gebucht, wenn Ingenieure des Fachbereichs Stadtentwicklung durch Planungs-Leistungen nach HOAI an der Schaffung von Anlagevermögen der Stadt Detmold (z. B. Gebäuden, Straßen, Kanälen) mitwirken. Diese Leistungen werden innerhalb der Stadt Detmold verrechnet.

HOAI-Leistungen des Produktes 009.600.100 Städtebauliche Planung werden erfasst, können jedoch aufgrund der Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung nicht dem Anlagevermögen hinzugerechnet werden.

Separat dazugerechnet werden die geplanten Erträge aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 6.900 €, insbesondere für Verrechnung von Ingenieursleistungen im Bereich der Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen. Die Verrechnung für die IL „Energiesparen macht Schule“ i. H. v. 15.400 € ist ausgelaufen und fällt ab 2011 weg.

1.3. Aufwendungen

Die geplanten „Ordentlichen Aufwendungen“ betragen für 2011 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 4.199.900 € und liegen damit rd. 200.200 € / 4,6 % unter dem Plan 2010. Die Senkungen liegen hauptsächlich im Bereich der Transferaufwendungen (siehe dort.).

Die geplanten Personalaufwendungen i. H. v. rd. 2.917.200 € entsprechen dem Plan 2010 und stellen mit rd. 69 % der „Ordentlichen Aufwendungen“ den größten Kostenblock dar. Die Höhe der für das Haushaltsjahr 2011 erwarteten Personalaufwendungen wird zentral errechnet.

Wie bereits eingangs erläutert, gab es in den Vorjahren 2009 und 2010 im FB Stadtentwicklung weiteren Personalabbau. Als Folge davon können die Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen mehr als aufgefangen werden, der Plan 2011 liegt sogar rd. 17.100 € unter dem Rechnungsergebnis 2009 für Personalaufwand.

Weitere geplante Aufwendungen sind:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 91.850 €

Unter diese Position fallen die Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände, Anwalts- und Gerichtskosten, Ersatzvornahmen sowie Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne (u. a. für Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts ISEK).

Neu aufgenommen wurde die Position „Planungskosten Umsetzung Handlungskonzept Demographie Heidenoldendorf i. H. v. 20.000 €“. Die Mittel sollen bei Bedarf für Fachgutachten im Zusammenhang mit der Anlage bzw. Aufwertung von Grünanlagen (Mehrgenerationenplatz, Bolzplatz) und im Zusammenhang mit der Bauleitplanung (Erweiterung Einzelhandel, Ansiedlung von Mehrgenerationenwohnungen) verwendet werden.

- Bilanzielle Abschreibungen i. H. v. rd. 21.150 €,

- Transferaufwendungen i. H. v. rd. 1.069.500 €

Hierzu zählen

- rd. 82.500 € Zuschuss an Niedrig-Energie-Institut (NEI)
Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht.
Der Erhöhungsbetrag wird jetzt für die Jahre 2011 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) für die Jahre 2011 (82.500 €), 2012 (83.000 €), 2013 (84.000 €) und 2014 (84.000 €) fortgeschrieben.
- rd. 62.800 € für die Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI
Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt.
- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfischer Hof (bis 2009: 19.800 €)
Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € jährlich festgesetzt.
- rd. 75.500 € Zuschuss Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen
(wie Vorjahre, davon Landeszuweisung jeweils 70 %)
- 0 € Denkmalförderung / Stadtpauschale
Durch Haushaltsbeschluss 2011 wurde die Stadtpauschale aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage gestrichen (zum Vergleich: Vorjahre jährlich 29.000 €).
- 789.000 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richtenhofenstraße
(davon voraussichtlich Landes-/Bundeszuweisung 552.00 € (70 %) und weitere Bundeszuweisung 157.000 € (20 %), somit städtischer Eigenanteil = 10 %)

Ziel des Förderprogramms ist, die denkmalbezogenen Mehrkosten bei der Sanierung der Gebäude entlang der Richthofenstraße auszugleichen und damit eine bessere Vermarktung und Revitalisierung des Bereiches zu erreichen und dem Leerstand entgegen zu wirken. Mit Beschlussvorlage Nr. Fb 6/234/2009 zum Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße für den Ausschuss für Stadtentwicklung am 26.08.09 und den Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.09 wurden aktualisierten Planungen dargestellt. Zuletzt wurde die Fördermaßnahme im Ausschuss für Stadtentwicklung am 07.07.2010 thematisiert. Der voraussichtliche jährliche Mittelabfluss in den Jahren 2011 – 2013 wurde für die Mittelanmeldung 2011 ff. neu kalkuliert.

- 37.500 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold (befristete Einstellung einer Klimaschutzmanagerin)

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Einzelheiten hierzu waren ausführlich in der Drucksache Nr. VV/241/2009 „Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes“ erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009). Dabei wurde von einer 80%-Förderung durch den Bund ausgegangen. Ein entsprechender Förderantrag wurde gestellt und auch grundsätzlich bewilligt.

Mit Schreiben vom 07.05.2010 hat das Forschungszentrum Jülich als Projektträger für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mitgeteilt, dass die entsprechenden Fördermittel für 2010 mit einer Haushaltssperre belegt sind, dass aber die Förderung 2011 fortgeführt und außerdem für die beratende Begleitung bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten der Fördersatz von 80 % auf 50 % abgesenkt wurde.

Für die Mittelanmeldung 2011 wurden die Verschiebung der Projektförderung und die Kürzung des Fördersatzes entsprechend berücksichtigt; so ist die befristete Stellenbesetzung ab 2011 aufgrund der Kürzung des Fördersatzes nur noch in Teilzeit beabsichtigt. Eine aktuelle Mitteilungsvorlage zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurde für die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 11.11.2010 erstellt (Drs. Fb 6/765/2010).

- „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 100.200 €

Hierunter fallen u. a. Aufwendungen für:

- Büro- und Geschäftsbedarf und Drucksachen
- Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes
- Öffentliche Bekanntmachungen
- Fachbereichsspezifische Öffentlichkeitsarbeit
- Umsetzung Online-Energieberatung (gehört zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes)
- Umsetzung European Energy Award für externe Beratung

Einzelheiten zum European Energy Award sind ausführlich in der Drucksache Nr. VV/235/2009 erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009).

Dazu zu rechnen sind noch separat ausgewiesene rd. 522.800 € Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen für IT-Service, Gebäudemanagement, Personalnebenkosten, Personalservice, Stadtkasse, Internen Dienstbetrieb, Postgebühren, Fernsprecher, Büro- und Geschäftsbedarf, Drucksachen und Fuhrpark. Die Kosten für Unterhaltung fachspezifischer Software wer-

den ab 2011 aus den „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ ausgegliedert und über IT-Service verrechnet. Neu hinzugekommen ist die Verrechnung der Aufwendungen aus IL Telefon-Service-center.

Die auf die Fachbereiche umgelegten Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen sind für die einzelnen Fachbereiche nur in eingeschränktem Maße beeinflussbar.

1.4. Leistungsangebot

Trotz des in den vergangenen Jahren erfolgten erheblichen Konsolidierungsbeitrages des Fachbereichs Stadtentwicklung bemüht sich die Verwaltung, das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Um die Einschränkungen im Leistungsangebot aufzufangen, wurde z. B. das Internetangebot für Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und wird fortlaufend verbessert.

2. Teilfinanzplan

Ergänzend zum gesamtstädtischen Ergebnisplan und fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen werden im System des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auch ein gesamtstädtischer Finanzplan sowie fachbereichsbezogene Teilfinanzpläne erstellt. Die Finanzplanung bezieht sich auf die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen und bildet damit Veränderungen des Geldvermögens der Kommune ab. Hieraus ergibt sich ein direkter Bezug zur Bilanz der Stadt Detmold. In der Finanzplanung werden damit auch die Ausgaben für geplante Investitionen abgebildet.

Für den Fachbereich Stadtentwicklung sind für das Planjahr 2011 und die drei Folgejahre 2012-2014 hier insbesondere folgende investive Maßnahmen zu nennen:

- Projekt Parklandschaft Friedrichstal, 2. Bauabschnitt

(Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung)

Während der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2011 wurden die Planzahlen unter Einbeziehung der Entschlammungsmaßnahme nochmals aktualisiert.

Einzahlungen: Insgesamt werden laut Haushaltsbeschlusses 2011 für 2012 720.000 € Landeszuwendungen kalkuliert.

Auszahlungen: Für 2011 sind 60.000 € Planungskosten im Haushalt berücksichtigt und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 970.000 € zugunsten 2012 aufgenommen worden. Dazu wurde folgende Anmerkung ergänzt:

„Die Entschlammung steht in direktem Zusammenhang mit der Baumaßnahme und ist somit investiv einzuordnen. Aufgrund dessen ist eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigung (VE) zugunsten 2012 erforderlich. Die Inanspruchnahme der Finanzmittel und Verpflichtungsermächtigung (VE) erfolgt nach gesondertem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses.

- jährlicher Investitionszuschuss zum Naturschutzprojekt Senne rd. 14.400 € (wie Vorjahre)

Für Einzahlungen aus der Ablösung von Stellplatzverpflichtungen werden für 2011 5.000 € geplant. Aus Rückflüssen aus Darlehen im Bereich Wohnungsbau werden rd. 22.500 € erwartet.

Weitere Einzelheiten sind den Erläuterungen zu den einzelnen Produkten zu entnehmen.

Hinweis: Bedingt durch das ADV-Programm ist das Schriftbild bei den beigefügten Produkterläuterungen sehr klein, optische Hervorhebungen sind programmbedingt nur eingeschränkt möglich. Damit sind die dort eingefügten Produkterläuterungen teilweise schwer lesbar. Aus diesem Grund sind die Erläuterungen dort teilweise zusätzlich auch hier in den Planungsreport aufgenommen.

Ziele

- Detmold zeigt eine nachhaltige und familienfreundliche städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur- und umweltschützenden Anforderungen sowie die Anforderungen des Denkmal- und Klimaschutzes auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleistet.

- Baulandreserven im Innenbereich sowie Brachflächen werden planerisch mobilisiert und dienen somit langfristig der Infrastrukturausstattung und dem Freiraumschutz.

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie, Gewerbe und Handel ist zu fördern, indem bestehende Firmen unterstützt und ein nachfragegerechtes Angebot an gewerblichen Baugrundstücken für die Neuansiedlung bzw. Erweiterung gewerblicher Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Ansiedlung auf Gewerbebrachen hat Vorrang vor der Ausweisung von Gewerbegrundstücken im Außenbereich.

- Die Detmolder Bevölkerung wird umfassend über Planungen und Bauvorhaben, auch unter Einsatz moderner Informationstechnologien, informiert.

- Die Attraktivität der Einkaufsstadt Detmold wird gesteigert, auch durch die Unterstützung privater Initiativen zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels in der Innenstadt.

- Die Aufenthaltsqualität von öffentlichen Freiräumen wird erhalten und verbessert.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	34.865,00	828.700	778.220	522.230	515.800	57.200
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	798.702,15	393.300	418.800	418.800	418.800	418.800
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	80,00	1.300	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	101.128,35	31.000	23.210	23.210	23.210	23.210
+ Sonstige ordentliche Erträge	28.912,54	23.100	16.100	16.100	16.100	16.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	106.391,25	78.600	51.000	72.000	51.000	51.000
= Ordentliche Erträge	1.070.079,29	1.356.000	1.287.830	1.052.840	1.025.410	566.810
- Personalaufwendungen	2.934.305,39	2.917.485	2.917.236	2.935.482	2.960.524	2.990.129
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.889,23	70.860	91.850	71.850	50.850	50.850
- Bilanzielle Abschreibungen	52.183,27	21.149	21.149	20.231	19.099	19.099
- Transferaufwendungen	270.816,50	1.258.683	1.069.472	793.718	793.868	257.218
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	78.925,49	131.897	100.200	86.460	81.960	82.860
= Ordentliche Aufwendungen	3.391.119,88	4.400.074	4.199.907	3.907.741	3.906.301	3.400.156
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.321.040,59	-3.044.074	-2.912.077	-2.854.901	-2.880.891	-2.833.346
+ Finanzerträge	6.155,16	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ordentliches Jahresergebnis	-2.314.885,43	-3.037.574	-2.905.577	-2.848.401	-2.874.391	-2.826.846
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	16.950,00	17.300	6.900	6.900	6.900	6.900
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	561.090,78	492.889	522.829	523.406	530.095	536.474
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-544.140,78	-475.589	-515.929	-516.506	-523.195	-529.574
= Ergebnis	-2.859.026,21	-3.513.163	-3.421.506	-3.364.907	-3.397.586	-3.356.420

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	60.000,00	828.700	777.620	0	521.630	515.200	56.600
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	813.180,99	393.300	418.800	0	418.800	418.800	418.800
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	531,00	1.300	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	90.248,07	31.000	23.210	0	23.210	23.210	23.210
+ Sonstige Einzahlungen	31.185,34	23.100	16.100	0	16.100	16.100	16.100
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.243,35	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.001.388,75	1.283.900	1.242.730	0	986.740	980.310	521.710
- Personalauszahlungen	2.758.625,36	2.733.049	2.711.647	0	2.738.762	2.766.149	2.793.811
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	60.361,56	92.860	113.150	0	79.150	50.150	50.150
- Transferauszahlungen	270.016,50	1.273.127	1.115.866	0	808.162	808.312	271.662
- Sonstige Auszahlungen	83.299,90	131.897	100.200	0	86.460	81.960	82.860
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.172.303,32	4.230.933	4.040.863	0	3.712.534	3.706.571	3.198.483
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.170.914,57	-2.947.033	-2.798.133	0	-2.725.794	-2.726.261	-2.676.773
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.170.914,57	-2.947.033	-2.798.133	0	-2.725.794	-2.726.261	-2.676.773
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	283.700,00	20.000	5.000	0	725.000	5.000	5.000
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	500,00	0	0	0	0	0	0
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	31.037,42	22.567	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	315.237,42	42.567	27.500	0	747.500	27.500	27.500
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	228.101,76	7.500	60.000	970.000	970.000	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	22.757,38	17.900	2.700	0	2.700	2.700	2.700
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	250.859,14	25.400	62.700	970.000	972.700	2.700	2.700
= Saldo aus Investitionstätigkeit	64.378,28	17.167	-35.200	-970.000	-225.200	24.800	24.800
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.106.536,29	-2.929.866	-2.833.333	-970.000	-2.950.994	-2.701.461	-2.651.973

Kurzbeschreibung

- Informelle Planungen, Konzepte und Zielformulierungen für die zukünftige räumliche Entwicklung der Gesamtstadt und ihrer Teilbereiche.
- Flächennutzungsplanung auf der Grundlage der geplanten städtebaulichen Entwicklung als vorbereitender Bauleitplan für das gesamte Stadtgebiet mit Darstellung der beabsichtigten Bodennutzung
 - Bebauungspläne als verbindliche Bauleitpläne und städtebauliche Satzungen für kleinräumige Bereiche des Stadtgebietes mit rechtsverbindlicher Festsetzung für die städtebauliche Ordnung und Bodennutzung.
- Schalltechnische Gutachten, Lärminderungspläne
- Betreuung passiver Lärmschutzmaßnahmen
- Steuerung der Stadterhaltung und -gestaltung im Sinne der erhaltenden Stadterneuerung durch Ortssatzungen, Rahmenpläne, Beratungen, Förderungen, Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

Die Städtebauliche Planung soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.

Sie soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestaltung und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln (§ 1 Abs. 5 BauGB).

Die Siedlungsfläche des Detmolder Stadtgebietes soll im Rahmen der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung entwickelt werden.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch,
 sonstige Fachgesetze,
 Ratsbeschlüsse,
 Beschlüsse des Fachausschusses,
 Prioritätenliste Bauleitplanung,
 Vorgaben der Verwaltungsführung

Zielgruppe

Alle Bürger/innen, Grundstückseigentümer und -nutzer, Vorhabenträger, durch Lärmimmissionen Betroffene, Architekten und Planer, politische und andere gesellschaftliche Gruppierungen, Institutionen und Behörden, Eigentümer, Mieter u. Pächter v. Gebäuden im Bereich v. Satzungen, v. erhaltenen Gebäuden, v. kulturlandschaftsprägenden Gebäuden und von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	10,86	10,86	10,73	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Änderung des Flächennutzungsplanes	Anz.	3	3	4	–	–	–
Beratungen und Stellungnahmen	Anz.	48	49	49	–	–	–
Projekt Hohenloh Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	48	50	50	–	–	–
Beratung von Nutzungsinteressenten	Std.	155	150	150	–	–	–
Bearbeitung von Bebauungsplänen	Anz.	34	45	55	–	–	–
Satzungen gem. § 34 BauGB und § 35 BauGB	Anz.	3	5	3	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Betreuung Vorhaben- und Erschließungspläne	Anz.	4	6	6	-	-	-
Betreuung Bebauungspläne Dritter	Anz.	4	6	4	-	-	-
städtebauliche Verträge	Anz.	11	10	10	-	-	-
städtebauliche Rahmenpläne, Konzepte und Gutachten	Anz.	20	25	20	-	-	-
Anzahl der schalltechnischen Gutachten	Anz.	12	10	12	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	430.847	800.400	750.000	-	-	-
Anzahl aktuell in Bearbeitung befindlicher Bebauungsplan- und Satzungsverfahren	Anz.	59	75	82	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	91	85	85	-	-	-
ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr	€	60.000.000	30.000.000	30.000.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	265,00	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	173,10	800	200	200	200	200
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	87.510,77	20.020	10.000	10.000	10.000	10.000
= Ordentliche Erträge	87.948,87	20.820	10.200	10.200	10.200	10.200
- Personalaufwendungen	724.285,25	734.208	766.322	773.984	781.723	789.541
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.412,26	46.220	66.150	46.150	25.150	25.150
- Bilanzielle Abschreibungen	6.497,00	5.739	5.739	5.739	5.739	5.739
- Transferaufwendungen	3.458,88	5.480	2.000	1.550	1.550	1.550
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.089,90	25.900	16.610	16.610	16.610	16.610
= Ordentliche Aufwendungen	788.743,29	817.547	856.821	844.033	830.772	838.590
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-700.794,42	-796.727	-846.621	-833.833	-820.572	-828.390
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	162.323,65	113.208	108.511	108.845	110.253	111.610
= Ergebnis	-863.118,07	-909.935	-955.132	-942.678	-930.825	-940.000

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	186,10	800	200	0	200	200	200
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	76.188,74	20.020	10.000	0	10.000	10.000	10.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	76.374,84	20.820	10.200	0	10.200	10.200	10.200
- Personalauszahlungen	718.614,20	725.451	754.186	0	761.727	769.344	777.038
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.412,26	46.220	66.150	0	46.150	25.150	25.150
- Transferauszahlungen	14.682,88	19.924	16.444	0	15.994	15.994	15.994
- Sonstige Auszahlungen	27.611,72	25.900	16.610	0	16.610	16.610	16.610
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	790.321,06	817.495	853.390	0	840.481	827.098	834.792
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-713.946,22	-796.675	-843.190	0	-830.281	-816.898	-824.592
= Saldo des Teilfinanzplanes	-713.946,22	-796.675	-843.190	0	-830.281	-816.898	-824.592
= Saldo des Teilfinanzplanes	-713.946,22	-796.675	-843.190	0	-830.281	-816.898	-824.592

Erläuterungen

Das Produkt "Städtebauliche Planung" beinhaltet die Bereiche "Stadtplanerische Leistungen" und "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege".

Bereich "Stadtplanerische Leistungen"

Als voraussichtlich wichtigste stadtplanerische Aufgaben im Jahr 2011 sind zu nennen:

- Schaffung von Planungsrecht durch Bebauungspläne entsprechend der vom Ausschuss für Stadtentwicklung festgelegten Prioritätenliste und ihrer Ergänzung für Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Sondernutzungen
- Zukunftsorientierte Steuerung des Einzelhandels in der Gesamtstadt auf der Grundlage eines städtebaulichen Einzelhandelskonzept: Aufzeigen und Durchsetzen von Entwicklungsperspektiven in der Innenstadt und in den Ortsteilen, Ausschluss außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche
- Aktiver Stadtbau brachgefallener Siedlungsflächen u. a. durch die Betreuung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen (Brachenrevitalisierung)
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- Einbeziehung des Demografischen Wandels in die konzeptionelle Stadtentwicklung
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Optimierung des Städtebaus im Sinne der CO₂ – Reduzierung
- die weitere Entwicklung im Projekt Hohenloh
- perspektivische, zukunftsorientierte Absicherung des Westfälischen Freilichtmuseums
- Ansiedlung eines Großkinos im Bereich der Innenstadt

Das genannte Arbeitsspektrum wird sich im Verlauf des Jahres ändern, da erfahrungsgemäß die Arbeitsplanung durch Beschlüsse der politischen Gremien beeinflusst wird. Zum anderen ist die Verwaltung bemüht, auf Bauleitplanungserfordernisse bei dringendem Bedarf flexibel zu reagieren.

Kurz- bzw. mittelfristige Ziele des Produkts sind:

- Fortwährende Optimierung der Wirtschaftlichkeit durch den verstärkten Einsatz von EDV (CAD und Bauleitplanverfahrens-Programm)
- Weitere Optimierung der Nutzung des Internets zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Online-Beteiligung von Bürgern und Behörden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens

Hinweis: Der Deckungsgrad „Aufwand zu Leistung nach HOAI“ wird auf Grundlage der Leistungsebene „Stadtplanerische Leistungen“ ermittelt (vor NKF bis 2007: "Center für Stadtplanerische Leistungen").

Hinweis: Die o. g. Kennzahl "ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr" wird sich Planjahr 2011 voraussichtlich auf dem Niveau von 2010 bewegen, weil die Planungen für die großen gewerblichen Bauvorhaben zunächst abgeschlossen sind; neue gewerbliche Initiativen in ähnlicher Größenordnung wie 2009 sind derzeit nicht bekannt.

Bereich "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege"

Beratungen erfolgen in der Regel auf Veranlassung der Ratsuchenden (Bauherren, Architekten, Handwerker) telefonisch, mündlich oder vor Ort, je nach Schwierigkeitsgrad auch mehrmals in einer Sache. Der Zeitaufwand ist sehr unterschiedlich. Telefonische Auskünfte dauern manchmal wenige Minuten, komplexe Vorhaben erfordern nicht selten mehrere Stunden.

Stellungnahmen sind gefordert bei Anträgen nach der Gestaltungssatzung und der Erhaltungssatzung, bei Maßnahmen im Geltungsbereich des Programms "Historischer Stadtkern", bei Maßnahmen an kulturlandschaftsprägenden Gebäuden sowie Maßnahmen an erhaltenswerten Objekten im gesamten Stadtgebiet. Mit Stellungnahmen sind eingehende Prüfungen, häufig auch koordinierende Besprechungen verbunden. Stellungnahmen erfolgen schriftlich und erfordern einen hohen Zeitaufwand.

Bei den Förderanträgen handelt es sich um Anträge des kleinen städtischen Fassadenförderungsprogramms. Dieses ist ein wirksames Instrument zur Attraktivitätssteigerung des Stadtbildes (außerhalb und neben der Denkmalpflege). Allerdings stehen hier wie in den Vorjahren nur wenig Mittel zur Verfügung.

Die Arbeitsgemeinschaft Historischer Stadtkern wird in 2011 voraussichtlich in Detmold tagen. Entsprechende Mittel sind eingeplant.

Kurzbeschreibung

- Aufbau, Bereitstellung und Nutzung von Datenbasen für raumbezogene Informationsverarbeitung (Geodatenmanagement)
- Vermessungstechnische Leistungen für Planungen und Entwürfe von Gebäuden, Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen sowie für das Übertragen der Projektgeometrie in der Örtlichkeit und an Objekten außerhalb der Entwurfs- und Bauphase
- nicht objektgebundene Flächenvermessung für Freianlagen und Bebauungspläne im Zusammenhang mit städtebaulichen und landschaftsplanerischen Leistungen einschließlich der Auswertungen

Ziele

- Schnelle, umfassende und aktuelle Verfügbarkeit von Geodaten, -fachdaten und -informationen als Grundlage von Verwaltungsentscheidungen
- Modernisierung der Verwaltung durch Optimierung von Arbeitsbedingungen und -abläufen.
- Bürger durch Veröffentlichungen im Internet bei Verwaltungsentscheidungen einfacher zu beteiligen.
- Vermarktung von Nutzungsrechten an kommunalen Geodaten über das Internet.
- Bereitstellung von Planungs- und Entwurfsgrundlagen für öffentliche Bauvorhaben und Übertragung der Bauwerksgeometrie in die Öffentlichkeit unter Berücksichtigung planungs- u. baurechtlicher Aspekte.

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Beschlüsse des Fachausschusses Stadtentwicklung, Vereinbarungen mit dem Kreis Lippe, Vermessungs- und Katastergesetz, Planzeichenverordnung für Bauleitpläne

Zielgruppe

Alle technischen und nichttechnischen Fachbereiche, Bereiche und Projekte der Stadtverwaltung DT, die raumbezogene Informationen erfassen, präsentieren, speichern, analysieren und modellieren wie Städtebau, Landschaftsbau, Statistik, Liegenschaften, Kanalbau, Tief- und Hochbau, Umwelt, Bürger und Kunden
 Entwurfsingenieure der Fachbereiche bzw. von der Stadt Detmold beauftragte Ingenieurbüros, baudurchführende Firmen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	6,64	6,64	6,57	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
aktive Nutzer des Geodatenportals im Intranet	Anz.	197	175	175	-	-	-
Aufwand Systembetreuung	Std.	1.833	2.500	1.900	-	-	-
Systemnutzung	-	-	-	-	-	-	-
Intranetzugriffe auf das KRIS	Anz.	452.873	410.000	475.000	0	0	0
- davon auf Kartenwerke	Anz.	289.000	250.000	305.000	-	-	-
- davon auf Fachdaten	Anz.	163.873	160.000	170.000	-	-	-
Internetzugriffe	Anz.	495.623	480.000	520.000	-	-	-
Steigerung der Zugriffe im Geo-Daten-Portal (Intranet/Internet) im laufenden Jahr	%	1	5	5	-	-	-
Erstellung von Planungsunterlagen	-	-	-	-	-	-	-
erstellte Planungsunterlagen insgesamt	Anz.	50	50	50	-	-	-
Erstellungsaufwand insgesamt	Std.	1.256	800	1.000	0	0	0
Kommunales Raumbezogenes Informationssystem - KRIS -	-	-	-	-	-	-	-
- Bebauungsplanung	Std.	523	300	300	-	-	-
- Flächennutzungsplanung	Std.	29	50	50	-	-	-
- Straßenentwurfsplanung	Std.	397	250	350	-	-	-
- sonstige Planungen	Std.	307	200	300	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Deckungsgrad (gesamt)	Anz.	27	23	23	-	-	-
Datenerfassung,-pflege und-auswertung	-	-	-	-	-	-	-
- Kartenwerke	Anz.	87	88	92	-	-	-
Objektvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Hochbau	Anz.	2	1	3	-	-	-
- Ingenieurbau	Anz.	8	8	8	-	-	-
- Straßenbau / Kanalbau	Anz.	17	20	20	-	-	-
- sonstige	Anz.	21	10	15	-	-	-
Flächenmessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Bebauungspläne	Anz.	1	3	3	-	-	-
- Landschaftspläne	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Fachdaten	Anz.	48	48	52	-	-	-
- neu erfasste Daten	Anz.	10	4	4	-	-	-
Erfassungsaufwand	Std.	1.936	2.000	2.500	-	-	-
Systembetreuung	-	-	-	-	-	-	-
GIS-Arbeitsplätze	Anz.	54	23	21	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der Zugriffe im Geodatenportal	Anz.	948.496	890.000	995.000	-	-	-
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI und VermGebO	€	136.246	120.000	120.000	-	-	-
Anzahl der Beschwerden	Anz.	4	10	10	-	-	-
Kosten pro Zugriff im Geodaten-Portal	€	0,07	0,12	0,11	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI und VermGebO	%	27	23	23	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.951,34	2.520	5.000	5.000	5.000	5.000
+ Aktivierte Eigenleistungen	70.900,69	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000
= Ordentliche Erträge	75.852,03	40.520	43.000	43.000	43.000	43.000
- Personalaufwendungen	427.852,13	432.773	447.374	451.847	456.366	460.930
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	994,34	2.900	2.600	2.600	2.600	2.600
- Bilanzielle Abschreibungen	4.338,00	5.172	5.172	4.242	3.372	3.372
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.839,17	13.090	4.330	4.330	4.330	4.330
= Ordentliche Aufwendungen	444.023,64	453.935	459.476	463.019	466.668	471.232
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-368.171,61	-413.415	-416.476	-420.019	-423.668	-428.232
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	738,00	900	900	900	900	900
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.405,00	58.626	77.367	77.039	77.905	78.704
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-60.667,00	-57.726	-76.467	-76.139	-77.005	-77.804
= Ergebnis	-428.838,61	-471.141	-492.943	-496.158	-500.673	-506.036

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.511,34	2.520	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.511,34	2.520	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Personalauszahlungen	425.902,35	428.938	440.432	0	444.836	449.285	453.778
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.033,40	2.900	2.600	0	2.600	2.600	2.600
- Sonstige Auszahlungen	11.707,57	13.090	4.330	0	4.330	4.330	4.330

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	438.643,32	444.928	447.362	0	451.766	456.215	460.708
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-433.131,98	-442.408	-442.362	0	-446.766	-451.215	-455.708
= Saldo des Teilfinanzplanes	-433.131,98	-442.408	-442.362	0	-446.766	-451.215	-455.708
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	500,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	500,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	19.364,51	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	19.364,51	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-18.864,51	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-451.996,49	-442.408	-442.362	0	-446.766	-451.215	-455.708

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	19,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	-18,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-18,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Die Führung und Weiterentwicklung des Kommunalen Raumbezogenen Informationssystems (KRIS) der Stadt Detmold wird auch 2011 ein Schwerpunkt des Produktes „Geoinformationen“ sein.

Das Geodatenmanagement, die Organisations- und Programmentwicklung, Support, Systempflege und Schulung von 21 DesktopGIS-Arbeitsplätzen (ArcGis, GeoOffice), WebGis-Betreuung im Intranet-/Internet (Geodatenportal), Datenerfassung und -pflege sowie das Geo-Consulting sind tägliche Einsatzfelder in diesem Produkt.

Seit 2009/2010 besteht eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Lemgo und Minden. Die bei der Stadt Detmold vorhandene Geodateninfrastruktur (GDI) wurde in diesen Stadtverwaltungen erfolgreich durch das Team GeoService implementiert. Einige Geoinformationen (Geobasisdaten und Geofachdaten, Fachanwendungen) konnten bereits umgesetzt werden und stehen den Anwendern über das Geodatenportal zur Verfügung. Das Team GeoService begleitet den Aufbau des Projektes durch Schulung, Support und Consulting. Entwicklungen bei Fachapplikationen werden in gegenseitigen Absprachen vorgenommen.

Die Datenpflege von mittlerweile über 140 Geobasis- und Geofachdaten sowie Fachanwendungen und Applikationen, die zum großen Teil im Geodatenportal zur Verfügung stehen, wird 2011 und die folgenden Jahre einen immer größeren Zeitrahmen beanspruchen, da die meisten Daten im Team GeoService gepflegt werden. Durch die Weiterentwicklungen des Geodatenportal zu einem editierbaren System können immer mehr Datenbestände kleinerer Anwendungen in den Fachteams gepflegt werden (z. B. Baustellen und Straßenplanungen, Einzelhandelsleerstände und Baulandkataster).

Für 2011 ist geplant, die bereits erfassten Daten für die Signalanlagen und Leuchtstellen in einem Leitungskataster mit Anbindung an die jeweilige Fachanwendung im Geodatenportal zur Verfügung zu stellen. Ebenso wird das Baulastenverzeichnis mit Auskunft aus dem Archiv des BBG eingebunden sein. Für die Feuerwehr soll ein Thema mit allen für den Einsatz benötigten relevanten Daten wie Löschwasserstellen, Gewässer, Grundrisse der Gebäude, Anzahl der Einwohner oder Evakuierungsanalysen entwickelt werden. Über das Geodatenportal stehen die Daten dann auch an der Einsatzstelle zur Verfügung. Der Dienst für den Bürger im Internet soll um die Wander- und Naherholungswege in Detmold sowie weiteren Stadtinformationen (Points of Interest) ausgebaut werden.

Geplant ist es auch einen Dienst aufzubauen, in dem Auswertungen und Statistiken von raumbezogenen Daten (z.B. Einwohnerdaten/Altersstrukturen für bestimmte Bereiche, Analysen zu Einzugsgebieten, Zensus 2011) angeboten sowie der Export von Daten in verschiedene Datenformate ermöglicht wird.

Die EU-Richtlinie "Infrastructure for Spatial Information in Europe" (INSPIRE) ist schrittweise (Annex I-III) in den nächsten Jahren verpflichtend für Behörden umzusetzen (Geodatenzugangsgesetz). Ziel von INSPIRE ist es, unter Einhaltung von EU-weit einheitlichen Spezifikationen Geodaten, Geodatendienste sowie Metadaten interoperabel (als Dienst) bereit zu stellen.

Ebenso ist EU-weit geplant, ein einheitliches Raumbezugssystem ETRS89/UTM (Europäische Terrestrische Referenzsystem 1989 mit UTM Projektion) einzuführen. Die Transformation sämtlicher Koordinaten des bisherigen Raumbezugssystem (Gauß-Krüger-Koordinaten) wird eine schwierige und zeitintensive Aufgabe (Transformation und Homogenisierung der umfangreichen Datenbestände, Tabellen und Anwendungen mit Koordinateneinträgen), deren Aufwand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar ist.

Die Erstellung von Planungsgrundlagen für den Kanal- und Straßenbau sind von den anfallenden Baumaßnahmen anderer Produktgruppen (fachbereichsübergreifend) geprägt. Die Erstellung und Ausarbeitung von Planungsgrundlagen in der Bauleitplanung (insbesondere die Festlegungsrisse) richten sich nach der vom Fachausschuss beschlossenen Prioritätenliste.

Die Leistungen in der Entwurfs- und Bauvermessung werden von anfallenden Verwaltungsaufgaben fast aller Fachebenen und Projekte geprägt und definieren sich aus den von der Politik vorgegebenen Prioritäten in Zusammenarbeit mit den für die Aufgabenabwicklung zuständigen Fachbereichen.

Neben der notwendigen Datenerfassung für die Erstellung von Planungsgrundlagen für Kanal, Straßen, Hochbau und Bauleitplanung wird das Aufgabenspektrum ergänzt durch vermessungstechnische Überprüfungen und Dokumentation von baurechtswidrigen Tatbeständen, Betreuung von Baumaßnahmen und notwendige koordinierende Arbeiten zwischen Tiefbau, Immobilienmanagement und Bauaufsicht.

Die Vermessung ist bemüht, durch schnelle Verfügbarkeit vor Ort aktuelle Baumaßnahmen zeitnah zu betreuen.

Kurzbeschreibung

Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft in Detmold; insbes. Erfassung und Bewertung von Eingriffen (vor allem im Rahmen der Bauleitplanung); Planung und Betreuung der erforderlichen Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen; Freiraumplanung für die gesamtstädtische Grün- u. Freiflächenversorgung; fachliche Stellungnahmen zur Bauleitplanung sowie grundlegenden baulichen Maßnahmen im Hoch-, Tief- und Sportplatzbau; Planung und Bau von Freiflächenobjekten; Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei extern beauftragten Landschaftsarchitekten für die Erstellung von Freiflächenobjekten

Ziele

Natur- und landschaftsschonende und insgesamt umweltverträgliche Stadtentwicklung; Kompensation für unvermeidliche Eingriffe in Natur und Landschaft; Sicherung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Grün- und Freiflächenversorgung

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, BauGB, BauO NRW, diverse Fachplanungsgesetze, Fachausschuss- u. Ratsbeschlüsse

Zielgruppe

Bürger/innen der Stadt Detmold, insbes. Planer sowie Träger von Maßnahmen, die Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	2,39	2,39	2,37	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Nicht abrechnungsfähige Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
- Stellungnahmen/Beratungen	Anz.	46	-	-	-	-	-
Landschaftspflege und -planung	-	-	-	-	-	-	-
Stellungnahmen/Beratungen etc.	Anz.	61	35	80	-	-	-
Landschaftsplanerischer Fachbeitrag	Anz.	5	5	6	-	-	-
Umweltbericht	Anz.	3	8	5	-	-	-
Realisierte Ausgleichsmaßnahmen	Anz.	1	0	2	-	-	-
Betreute Projekte	Anz.	28	18	35	-	-	-
Grünordnungs- und Freiraumplanung für:	-	-	-	-	-	-	-
- Kanal-, Tief- und Straßenbau	€	-	0	-	-	-	-
- Schul- und Sportanlagen	€	-	15.000	15.000	-	-	-
- Freianlagen an öffentlichen Gebäuden	€	-	0	-	-	-	-
- Spielplätze, Grün- und sonstige Freianlagen	€	21.323	5.000	5.000	-	-	-
- Bauleitplanung	€	18.677	40.000	20.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	0	0	0	-	-	-
Investitionsvolumen der aktuell in Bearbeitung befindlichen Projekte	€	1.277.000	1.249.600	179.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	-	35	-	-	-	-
Herrichtung von Flächen für Freizeit und Erholung in m ²	qm	20.000	76.600	1.130	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Ökologische Aufwertung von Flächen (Kompensationsflächen) in m²	qm	626	500	1.500	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	600,00	0	600	600	600	600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	10	0	0	0	0
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	1.000	0	0	0	0
+ Aktivierte Eigenleistungen	21.323,42	27.600	0	21.000	0	0
= Ordentliche Erträge	21.923,42	28.610	600	21.600	600	600
- Personalaufwendungen	164.767,66	166.297	176.229	177.990	179.770	181.567
- Bilanzielle Abschreibungen	48,00	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.873,10	5.400	4.100	8.600	4.100	4.100
= Ordentliche Aufwendungen	175.688,76	171.697	180.329	186.590	183.870	185.667
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-153.765,34	-143.087	-179.729	-164.990	-183.270	-185.067
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	5.000	5.000	5.000	5.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.407,93	28.354	27.826	27.913	28.279	28.629
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-30.407,93	-28.354	-22.826	-22.913	-23.279	-23.629
= Ergebnis	-184.173,27	-171.441	-202.555	-187.903	-206.549	-208.696

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	10	0	0	0	0	0
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	1.000	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	1.010	0	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	164.669,79	165.412	173.637	0	175.372	177.126	178.897
- Sonstige Auszahlungen	10.727,07	5.400	4.100	0	8.600	4.100	4.100
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	175.396,86	170.812	177.737	0	183.972	181.226	182.997
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-175.396,86	-169.802	-177.737	0	-183.972	-181.226	-182.997
= Saldo des Teilfinanzplanes	-175.396,86	-169.802	-177.737	0	-183.972	-181.226	-182.997
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	278.000,00	0	0	0	720.000	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	278.000,00	0	0	0	720.000	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	228.101,76	7.500	60.000	970.000	970.000	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	192,96	0	0	0	(970.000)	(0)	(0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	228.294,72	7.500	60.000	970.000	970.000	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	49.705,28	-7.500	-60.000	-970.000	-250.000	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-125.691,58	-177.302	-237.737	-970.000	-433.972	-181.226	-182.997

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
W09086000 Parklandschaft Friedrichstal, Zuwendung Land und Baumaßnahme									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	278,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	203,7	7,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo W09086000	0,0	0,0	74,3	-7,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
W09096000 Parklandsch.Friedrichstal,2.BA,Zuwd.Ld.u.Baumaßnahme,Inanspruchnahme erst nach Ratsbeschl.									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	720,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.030,0	0,0	24,4	0,0	60,0	970,0	970,0	0,0	0,0
Saldo W09096000	-1.030,0	0,0	-24,4	0,0	-60,0	-970,0	-250,0	0,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-1.030,0	0,0	49,7	-7,5	-60,0	-970,0	-250,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Das Produkt Grün- u. Freiraumplanung beinhaltet die Grünordnungsplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Grün- und Freiflächen stehen, werden mit anderen Beteiligten (Fachbereiche, Bauträger, sonstige Dritte) abgestimmt und betreut (Leistungen nach HOAI).

Darüber hinaus wird die nach der Novellierung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) im Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahren durchzuführende Umweltprüfung als umfassendes Prüfverfahren bearbeitet.

Für einige Planverfahren entfällt nach der Novellierung des Baugesetzbuches zur Beschleunigung von Planvorhaben das Erfordernis eines förmlichen Umweltberichts (§ 13a BauGB). Damit sinken die insoweit darzustellenden HOAI-Leistungen im Bereich Bauleitplanung. Dafür werden vermehrt entsprechende interne, umfassende Beratungen und Stellungnahmen für die Bauleitplanung erforderlich sein, die nicht entsprechend als HOAI-Leistungen beziffert werden.

Hinweis zur Zuständigkeit für Mittelanmeldungen im Bereich Spielplatzbau:

Die finanzielle Abwicklung im Bereich Spielplatzbau (insbesondere Ein- und Auszahlungen, Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten) erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2009 wieder ausschließlich im FB 7, wo auch der Bereich Spielplatz-Unterhaltung angesiedelt ist.

Die Leistungen Spielplatz-Planung und -Baubetreuung erfolgen dagegen weiterhin im FB 6 im Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung.

Hinweise zur Finanzplanung für das Projekt Parklandschaft Friedrichstal, 2. Bauabschnitt:

Während der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2011 wurden die Planzahlen unter Einbeziehung der Entschlammungsmaßnahme nochmals aktualisiert.

Einzahlungen:

Insgesamt werden laut Haushaltsbeschlusses 2011 für 2012 720.000 € Landeszuwendungen kalkuliert.

Auszahlungen:

Für 2011 sind 60.000 € Planungskosten im Haushalt berücksichtigt und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 970.000 € zugunsten 2012 aufgenommen worden. Dazu wurde folgende Anmerkung ergänzt:

Die Entschlammung steht in direktem Zusammenhang mit der Baumaßnahme und ist somit investiv einzuordnen. Aufgrund dessen ist eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigung (VE) zugunsten 2012 erforderlich. Die Inanspruchnahme der Finanzmittel und Verpflichtungsermächtigung (VE) erfolgt nach gesondertem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses.

Zu W 09086000: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO werden für den 2. BA bis Beginn der Baumaßnahme vorliegen.

Kurzbeschreibung

- Planungsrechtliche Auskünfte
- Prüfung des Antrages
- Genehmigung zur öffentlich-rechtlichen Freigabe von Bauvorhaben und Nutzungen, Zurückstellung oder Anhörung
- Bauüberwachung, Rohbau- und Fertigbauabnahme
- Überprüfungen vorhandener baulicher Anlagen
- Prüfung der Erschließung / Entwässerung in planungs- und baurechtlicher Hinsicht
- Prüfung und Aufstellung von Statiken,
- Beratung der Bauherrn, Architekten und städtischen Einrichtungen in statischer Hinsicht

Ziele

Sicherstellung der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Anordnungen bei der Errichtung, der Änderung, dem Abbruch, der Nutzung, der Nutzungsänderung sowie der Instandhaltung baulicher Anlagen (§ 61 BauO NRW) unter Berücksichtigung einer bürgernahen und schnellen Bearbeitung der eingereichten Anträge.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), weitere Verordnungen und örtliche Satzungen, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW), Straßen- und Wassergesetze, Entwässerungssatzung, Verwaltungsvorschriften

Zielgruppe

Private, öffentliche oder gewerbliche Bauherren, Bauinteressenten

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	11,80	11,80	12,21	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Überprüfung ungenehmigter Anlagen	Anz.	48	70	70	-	-	-
Wiederkehrende Prüfungen	Anz.	14	40	40	-	-	-
Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkarten- und Katasterbuchwerk	Anz.	344	200	200	-	-	-
Prüfung von statischen Berechnungen, Bewehrungsplänen und Nachträgen	Anz.	10	11	15	-	-	-
Erstellung von Statiken	Anz.	2	10	10	-	-	-
Gewerbelotse Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	400	400	400	-	-	-
Beratung Interessenten für gewerbliche Bauvorhaben	Std.	400	400	400	-	-	-
Kundenkontakte	Anz.	142	140	130	-	-	-
Gesamtinvestitionsvolumen	Anz.	48.749.710	50.000.000	50.000.000	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, extern	Anz.	3.400	3.600	3.600	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, intern	Anz.	150	150	150	-	-	-
Stellungnahmen (FB 5, Solaranlagen, Gutachterausschuss u.a.)	Anz.	210	200	200	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Vorbescheid	Anz.	101	80	90	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 63	Anz.	88	40	50	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 68 (vereinfachtes Verfahren)	Anz.	429	500	530	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Freistellung nach § 67	Anz.	59	50	60	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Gesamtanzahl der bauordnungsrechtlichen Bescheide	Anz.	1.040	1.105	1.160	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit eines Baugenehmigungsverfahrens, allg.	Tg.	9,73	9,00	7,12	-	-	-
Genehmigungsquote (genehmigte Bescheide / eingereichte Anträge)	%	68	73	68	-	-	-
Quote erfolgreicher Klagen gegen die Stadt Detmold / Gesamtanzahl der bauordnungsrechtl. Bescheide	%	0,19	0,27	0,17	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Genehmigungsgebühren	%	73	33	33	33	33	32
Laufzeit eines Gewerbeantrages netto	Tg.	2,74	15,00	15,00	-	-	-
durchschnittliche Anzahl Anträge / Stelle	Anz.	187	201	193	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	713.066,64	331.500	361.000	361.000	361.000	361.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.180,10	10	100	100	100	100
+ Aktivierte Eigenleistungen	10.917,14	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
= Ordentliche Erträge	725.163,88	343.510	373.100	373.100	373.100	373.100
- Personalaufwendungen	800.179,60	834.502	882.451	891.276	900.190	909.191
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.102,18	19.130	13.200	13.200	13.200	13.200
- Bilanzielle Abschreibungen	9.592,00	9.148	9.148	9.160	8.898	8.898
- Transferaufwendungen	300,00	320	390	390	390	390
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.911,02	15.037	13.440	12.900	12.900	12.900
= Ordentliche Aufwendungen	844.084,80	878.137	918.629	926.926	935.578	944.579
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-118.920,92	-534.627	-545.529	-553.826	-562.478	-571.479
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	129.128,12	141.427	171.607	171.662	173.853	175.937
= Ergebnis	-248.049,04	-676.054	-717.136	-725.488	-736.331	-747.416

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	722.091,80	331.500	361.000	0	361.000	361.000	361.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.061,85	10	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	723.153,65	331.510	361.100	0	361.100	361.100	361.100
- Personalauszahlungen	722.348,57	742.364	770.267	0	777.970	785.751	793.608
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	18.856,68	19.130	13.000	0	13.000	13.000	13.000
- Transferauszahlungen	300,00	320	390	0	390	390	390
- Sonstige Auszahlungen	15.039,78	15.037	13.440	0	12.900	12.900	12.900
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	756.545,03	776.851	797.097	0	804.260	812.041	819.898
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-33.391,38	-445.341	-435.997	0	-443.160	-450.941	-458.798
= Saldo des Teilfinanzplanes	-33.391,38	-445.341	-435.997	0	-443.160	-450.941	-458.798
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	3.199,91	17.900	2.200	0	2.200	2.200	2.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.199,91	17.900	2.200	0	2.200	2.200	2.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.199,91	-17.900	-2.200	0	-2.200	-2.200	-2.200
= Saldo des Teilfinanzplanes	-36.591,29	-463.241	-438.197	0	-445.360	-453.141	-460.998

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8,0	0,0	3,2	17,9	2,2	0,0	2,2	2,2	2,2
Saldo Investitionstätigkeit	-8,0	0,0	-3,2	-17,9	-2,2	0,0	-2,2	-2,2	-2,2

Erläuterungen

Das Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ wurde aus den bisherigen Produkten „Vor- und Baubescheide“ und „Statikprüfung“ gebildet. Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

- Die Tätigkeit des Gewerbelotsen hat das Ziel, die Weiterentwicklung des Gewerbes in Detmold zu fördern und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen.

- Eine Allgemeine Bauberater (z. B. zu bautechnischen oder bauordnungsrechtlichen Fragen) wird seit 2004 aufgrund des Personalabbaues nicht mehr angeboten. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben müssen jedoch planungsrechtliche Auskünfte zur Bebaubarkeit von Grundstücken, zu Festsetzungen von Bebauungsplänen oder zu den notwendigen Genehmigungsverfahren weiterhin erteilt werden. Bei weitergehenden Fragen von Bürgern wird auf die im Baubereich tätigen Architekten verwiesen.

Im Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ ist die Anzahl der Bauanträge seit dem Jahr 1999 auf ungefähr gleich bleibendem Niveau. Für 2011 wird sich die Zahl der Bauanträge für Einfamilienhäuser auf einem ähnlichen Niveau wie 2010 einstellen. Der Trend geht weg vom Neubau von Einfamilienhäusern, hin zum Erwerb von vorhandenen Gebrauchtimmobilien und An- bzw. Umbauten sowie energetische Sanierung für den jeweiligen persönlichen Bedarf. Die Zahl der untergeordneten baulichen Anlagen, wie Carports, Schuppen etc. wird sich auf dem gleichen Niveau wie 2010 einpendeln.

Die wirtschaftliche Erholung könnte im Jahr 2011 zu Erhöhung von Bauanträgen insbesondere auch gewerblicher Nutzung führen, da die Investitionsbereitschaft wieder zunehmen wird, es wird aber erst einmal davon ausgegangen, dass die Zahl der Bauanträge insgesamt auch für gewerbliche Nutzungen sich auf dem Niveau von 2010 entwickeln werden.

Die im Jahre 2008 gefassten Aufstellungsbeschlüsse sind durch die im Jahre 2009 erteilten Baugenehmigungen und Bauabnahmen in 2010 abgearbeitet worden..

Das Ziel des Produktes Vor- und Baubescheide, die Laufzeit des Genehmigungsverfahrens ohne externe Beteiligung auf sieben Tage zu begrenzen, bleibt bestehen.

Bei der notwendigen Beteiligung externer Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens soll die Laufzeit 6 Kalenderwochen nicht überschreiten.

Dieses Ziel hat auch Berücksichtigung gefunden in einer Zielvereinbarung zur Beschleunigung von gewerblichen Bauvorhaben, die der Kreis Lippe unter der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe aufgestellt hat. Diese Zielvereinbarung haben neben den Städten und Gemeinden auch eine Vielzahl von Behörden, die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden, unterschrieben. Unter anderem hat diese Zielvereinbarung zum Inhalt, Beteiligungsfristen festzuschreiben und die Kommunikation mit den Bauherren und Entwurfsverfassern zu beschleunigen. Eine Auswertung in 2009 hat noch nicht stattgefunden, allerdings hat diese Zielvereinbarung zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von gewerblichen Bauanträgen geführt.

Hinweis: Für 2011 ist der erforderliche Austausch der Sicherheitshelme vorgesehen. Entsprechende erhöhte Mittel bei der Position Dienst- und Schutzkleidung wurden eingeplant.

Kurzbeschreibung

Erteilen von Bauordnungsverfügungen (u. a. Ablehnungen von Anträgen), Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln, Einleiten von Bußgeldverfahren, Festsetzen von Bußgeldern, Klageverfahren

Führen des Baulastenverzeichnisses

Ausübung bzw. Negativbescheinigungen bei Vorkaufsrechten, Genehmigung bzw. Ablehnung von Grundstücksteilungen, Benennung von Straßen und Plätzen, Festsetzung von Hausnummern für bebaute Grundstücke

Ziele

- Verwaltungsrechtliche Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Planungs- und Bauordnungsrechts.
- Durch eine bürgernahe und transparente Beratung wird angestrebt, die Zahl der Klagen und ablehnenden Bescheide zu verringern.
- Erstellung eines digitalen Bauarchivs.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW),

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Denkmalschutzgesetz (DSchG), Gesetz ü. d. Schornsteinfegerwesen, Landschaftsgesetz (LG), Ordnungsbehördengesetz (OBG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfg), Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG), Gebührenordnung NRW/Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG NRW), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Detmold

Zielgruppe

Bauherren, Grundstückseigentümer, Grundstückserwerber, Handlungs- oder Zustandsstörer

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	8,20	7,39	4,60	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellplatzablöseverträge	Anz.	0	2	2	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge bez. Baulasten	Anz.	25	80	75	-	-	-
Baulasteintragungen	Anz.	77	170	170	-	-	-
Baulastlöschungen	Anz.	2	5	5	-	-	-
Auskünfte Baulasten	-	-	-	-	-	-	-
- schriftlich	Anz.	29	60	60	-	-	-
- mündlich	Anz.	160	320	320	-	-	-
Fortschreibung Baulasten	Anz.	0	110	110	-	-	-
Stellungnahmen Amtsgericht	Anz.	35	60	60	-	-	-
Ablehnungen von Bauanträgen	Anz.	16	45	50	-	-	-
Beratungen	Anz.	334	500	500	-	-	-
Prüfung Vorkaufsrechte	Anz.	222	460	460	-	-	-
Teilungsgenehmigungen / Zeugnisse (§ 8 BauO NRW)	Anz.	20	60	60	-	-	-
Hausnummernfestsetzungen	Anz.	55	110	110	-	-	-
Hausnummernänderungen	Anz.	1	2	2	-	-	-
Straßenbenennungen	Anz.	2	3	3	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge	Anz.	48	110	110	-	-	-
Ordnungsverfügungen	Anz.	21	55	60	-	-	-
Zwangsgeldfestsetzungen	Anz.	5	5	8	-	-	-
Bußgeldbescheide	Anz.	12	20	25	-	-	-
Anzahl der baurechtlichen Klageverfahren gegen die Stadt Detmold, Gesamt	Anz.	10	40	40	-	-	-
Anzahl der verlorenen Klagen	Anz.	2	3	2	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der abgegebenen Einsprüche	Anz.	1	4	5	-	-	-
Anzahl der stattgegebenen/abgeholfter Einsprüche	Anz.	0	1	1	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der LE nach Kategorie: - Baulasten	Anz.	77	170	170	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Teilungsgenehmigungen	Anz.	20	60	60	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Vorkaufrechte	Anz.	222	460	460	-	-	-
Widersprüche und / oder Klagen / Gesamtzahl der Bescheide	%	1,20	3,19	3,25	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	11	16	18	18	17	17
durchschnittliche Laufzeit Baulasteneintragung	Tg.	2	3	3	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Teilungsgenehmigung	Tg.	16	27	27	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	37.023,50	46.000	40.000	40.000	40.000	40.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	1.010	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	22.537,54	20.000	10.000	10.000	10.000	10.000
= Ordentliche Erträge	59.561,04	67.010	51.000	51.000	51.000	51.000
- Personalaufwendungen	404.665,30	330.964	231.644	224.127	222.488	224.713
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	2.600	2.600	2.600	2.600
- Bilanzielle Abschreibungen	2.614,00	1.090	1.090	1.090	1.090	1.090
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.402,58	3.220	2.850	2.850	2.850	2.850
= Ordentliche Aufwendungen	413.681,88	335.274	238.184	230.667	229.028	231.253
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-354.120,84	-268.264	-187.184	-179.667	-178.028	-180.253
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	109.184,10	86.466	65.639	66.006	66.951	67.875
= Ergebnis	-463.304,94	-354.730	-252.823	-245.673	-244.979	-248.128

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	40.491,25	46.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	1.010	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige Einzahlungen	26.810,34	20.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	67.301,59	67.010	51.000	0	51.000	51.000	51.000
- Personalauszahlungen	361.794,91	306.595	200.770	0	202.778	204.805	206.853
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.793,79	0	2.100	0	2.100	2.100	2.100
- Sonstige Auszahlungen	7.586,98	3.220	2.850	0	2.850	2.850	2.850
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	374.175,68	309.815	205.720	0	207.728	209.755	211.803
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-306.874,09	-242.805	-154.720	0	-156.728	-158.755	-160.803
= Saldo des Teilfinanzplanes	-306.874,09	-242.805	-154.720	0	-156.728	-158.755	-160.803

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	5.700,00	20.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.700,00	20.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	5.700,00	20.000	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-301.174,09	-222.805	-150.220	0	-152.228	-154.255	-156.303

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	5,7	20,0	5,0	0,0	5,0	5,0	5,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	5,7	20,0	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	5,7	20,0	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5

Erläuterungen

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde mit NKF-Beginn 2008 aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ gebildet.

Aufgrund der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens nach § 3 Bürokratieabbaugesetz wurden Leistungsumfang und Kennzahlen ab 2006 im Bereich „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“ geändert. Seit der Versetzung des Juristen vom FB 6 in den FB 1 im Mai 2010 wurden und werden die im FB 6 verbliebenen Aufgaben weiterhin innerhalb des Teams 6.4 insbesondere durch den Teamleiter (Produkt Wohnungsbauservice) aufgefangen.

Im Bereich „Baulasten“ sind die Eintragungen weiterhin abhängig von der zukünftigen Zahl der Baugenehmigungen und der Grundstücksteilungen. Bemerkenswerte Änderungen gegenüber dem Vorjahr werden nicht erwartet. Auch in diesem Aufgabenbereich läuft seit 2007 die Digitalisierung des archivierten Aktenbestandes und der aktuell abgeschlossenen und zu archivierenden Fälle. Im Arbeitsbereich „Grundstücksteilungen, Vorkaufsrechte, Hausnummern, Straßenbenennungen“ ist nicht mit gravierenden Änderungen zu rechnen.

Ziel des Projekts „Digitalisierung Bauarchiv“ ist, den bisher in Papierform archivierten Aktenbestand im Bauarchiv zu digitalisieren, weil die Lagerkapazität des Bauarchivs mit rund 1.000 lfd. Metern Akten erschöpft ist. Die Digitalisierung des Bauarchivs wird seit 2005 mit eigenem städtischem Personal durchgeführt. Unabhängig von der Digitalisierung des Archivbestandes werden seit Beginn der Arbeiten auch die aktuell abgeschlossenen und zu archivierenden Bauakten digitalisiert, so dass letztlich die Digitalisierung zu einem laufenden Geschäft der Verwaltung geworden ist. Auch der Fachbereich 5 nutzt inzwischen die Scanner, um die Kanalakten zu digitalisieren.

Die für den Projektzeitraum gebildete separate Leistungsebene ist weggefallen. Daher vermindern sich beim Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ die Aufwendungen erheblich. Ein Teil der anteiligen Aufwendungen wurden auf das Produkt 010.610.100 Bauordnung und Bauaufsicht verteilt. Insgesamt kommt es gegenüber den Vorjahren erneut zu Einsparungen.

Die Erträge aus Bußgeldern gehen zurück und sind im Vergleich zum Vorjahr niedriger geplant. Zu ergänzen ist in diesem Zusammenhang, dass bei Einsprüchen gegen Bußgelder die Verfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden müssen. Werden die Bußgeldfestsetzungen dann gerichtlich bestätigt, fließen sie dann der Landeskasse (und nicht mehr der Stadt Detmold) zu.

Kurzbeschreibung

Beratung und Annahme der Anträge für Wohnraumfördermittel für Neubau-, Erwerbs- und Bestandsinvestitionsmaßnahmen
 Prüfung der Einkommensverhältnisse und der Familiengröße zur Erteilung der Wohnberechtigung,
 Prüfung und Feststellung der Netto-Kaltmiete nach Berechnungsrecht

Ziele

Nachfrageorientierte Versorgung der Stadt Detmold mit öffentlich geförderten Wohnungen

Auftragsgrundlage

Förderprogramm des Landes für die kommunale Wohnungswirtschaft

- Wohnraumförderungsgesetz
- Wirtschaftsstrafgesetz
- Wohnungsbindungsgesetz
- II. Wohnungsbaugesetz
- II. Berechnungsverordnung,
- Einkommensprüfungserlass

Zielgruppe

Alle Interessenten der verschiedenen Förderprogramme, die eine bestimmte Einkommensgrenze einhalten (Ausnahme ESP), einkommensschwache Haushalte, die eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen wollen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	2,34	2,34	2,11	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	0	2	8	-	-	-
Fördervolumen	€	1.940.000	1.000.000	3.200.000	-	-	-
Modernisierung Anzahl der Beratungen	Anz.	2	2	2	-	-	-
Wohnungsbindung Anzahl Wohnberechtigungsscheine	Anz.	152	300	320	-	-	-
Anzahl Freistellungsbescheinigungen	Anz.	35	65	60	-	-	-
Anzahl Zinssenkungsanträge	Anz.	43	90	80	-	-	-
Anzahl Wirtschaftlichkeitsberechnungen	Anz.	0	5	3	-	-	-
Anzahl der Bestands- und Besetzungskontrollen	Anz.	225	300	300	-	-	-
Eigentumsförderung Anzahl der Beratungen insgesamt	Anz.	5	20	10	-	-	-
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	36	65	50	-	-	-
Fördervolumen	€	2.503.500	3.200.000	3.400.000	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Beratungen	Anz.	5	4	4	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der LE nach Kategorie: - Wohnungsbindung	Anz.	187	370	383	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - wohnungswirtschaftliche Maßnahmen	Anz.	43	90	63	-	-	-
Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum (Wohneinheiten)	Anz.	3.000	3.000	3.000	-	-	-
durchschnittliche Bearbeitungszeit/Fall	Tg.	0	1	1	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	6	6	8	8	8	8
Anzahl der neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen / Familienheime in DT / Jahr	Anz.	13	35	25	-	-	-
Belegungsquote öffentlich geförderter Wohnungen in DT in %	%	96	96	96	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.630,00	3.000	3.600	3.600	3.600	3.600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.486,14	7.310	7.000	7.000	7.000	7.000
= Ordentliche Erträge	11.116,14	10.310	10.600	10.600	10.600	10.600
- Personalaufwendungen	161.538,08	162.030	129.533	130.829	132.137	133.458
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	100	100	100	100
- Bilanzielle Abschreibungen	29.022,27	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.201,01	1.590	3.950	1.050	1.050	1.050
= Ordentliche Aufwendungen	191.761,36	163.620	133.583	131.979	133.287	134.608
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-180.645,22	-153.310	-122.983	-121.379	-122.687	-124.008
+ Finanzerträge	6.155,16	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ordentliches Jahresergebnis	-174.490,06	-146.810	-116.483	-114.879	-116.187	-117.508
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.055,22	21.271	27.164	27.065	27.382	27.675
= Ergebnis	-196.545,28	-168.081	-143.647	-141.944	-143.569	-145.183

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.780,00	3.000	3.600	0	3.600	3.600	3.600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	7.486,14	7.310	7.000	0	7.000	7.000	7.000
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.243,35	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.509,49	16.810	17.100	0	17.100	17.100	17.100
- Personalauszahlungen	139.267,65	136.040	113.728	0	114.865	116.013	117.173
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	100	0	100	100	100
- Sonstige Auszahlungen	1.190,13	1.590	3.950	0	1.050	1.050	1.050
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	140.457,78	137.630	117.778	0	116.015	117.163	118.323
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-122.948,29	-120.820	-100.678	0	-98.915	-100.063	-101.223
= Saldo des Teilfinanzplanes	-122.948,29	-120.820	-100.678	0	-98.915	-100.063	-101.223
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	31.037,42	22.567	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	31.037,42	22.567	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	31.037,42	22.567	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-91.910,87	-98.253	-78.178	0	-76.415	-77.563	-78.723

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamtausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	31,0	22,6	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	31,0	22,6	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5

Erläuterungen

Seit 2007 ist der Kreis Lippe Bewilligungsbehörde für Wohnraumfördermittel; die Stadt hat nur noch beratende Funktion bzw. hat zum Bedarf im Mietwohnungsbau Stellung zu nehmen. Der Regierungswechsel des Jahres 2010 in NRW hat eine grundlegende Überarbeitung des Förderrechts mit sich gebracht, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt wurde die Förderung stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Die daraus resultierende Entwicklung bleibt abzuwarten.

Im Bereich Wohnungsbindung werden die Leistungsumfänge gegenüber dem Vorjahresniveau erneut leicht ansteigen. Es besteht aber weiterhin eine entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt und im Mietwohnungsbau ist eine steigende Investitionsbereitschaft erkennbar.

Bei den Leistungsdaten ist das erwartete Fördervolumen gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht, weil der Bau eines Mietobjektes mit 56 Wohneinheiten geplant ist.

Kurzbeschreibung

- Unterschutzstellung von Bau- und Bodendenkmälern
- Prüfungen und Stellungnahmen von Anträgen und Anfragen
- Beratungen, Betreuungen, Kontrollen
- Vergabe von Fördermitteln aus verschiedenen Förderprogrammen
- Steuerbescheinigungen und Abstimmungen
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

- Wahrung des öffentl. Interesses an der Einhaltung der gesetzl. Anforderungen an denkmalgeschützten Anlagen und deren Nutzung
- Erhaltung kultureller Ressourcen und der Attraktivität der Stadt zur Steigerung der Standortqualität und des Fremdenverkehrswesens
- Hilfen bei der Finanzierung denkmalpflegerisch bedingter Forderungen bei kostenintensiven Erhaltungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

-Denkmalschutzgesetz NW, Denkmallistenverordnung, Beschlüsse Ausschuss für Stadtentwicklung

Zielgruppe

Eigentümer, Nutzungsberechtigte, und Nachbarn von Denkmälern, Architekten, Handwerker, Fachbereiche, Rats- und Ausschussmitglieder, indirekt alle Bürger und Besucher der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,65	1,67	1,65	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Städtische Bestandserfassung der erhaltenswerten historischen Bausubstanz	Anz.	1.500	1.500	1.500	-	-	-
Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes	Anz.	1.045	1.045	1.045	-	-	-
Anzahl der auf Denkmalwert geprüften Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis	Anz.	868	927	935	-	-	-
Verhältnis Anzahl der geprüften Objekte/Anzahl Objekte Kulturgutverzeichnis	%	83	89	90	-	-	-
Verhältnis Baudenkmäler/Gesamtgebäudebestand	%	3	3	3	-	-	-
Anzahl der Förderanträge	Anz.	17	20	20	-	-	-
Anzahl der Steuerbescheinigungen durch Förderung mobilisiertes Investitionsvolumen	€	676.027	400.000	500.000	-	-	-
bescheinigte Gesamtaufwendungen für Steuervergünstigungen	€	10.279.759	1.000.000	1.000.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl abgeschl. Unterschutzstellungen gem. Kulturgutverzeichnis	Anz.	11	20	20	-	-	-
Anzahl der betreuten Objekte	Anz.	248	250	250	-	-	-
Anzahl denkmalrechtlicher Widerspruchs- bzw. Klageverfahren / Gesamtanzahl der Bescheide	%	2,00	1,00	1,00	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreutem Objekte p.a.	€	715	1.806	610.400	-	-	-
Förderungswirkungsgrad (Quote städt. Fördervolumens / Gesamtinvestitionsvolumen)	%	12,0	25,0	25,0	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	34.000,00	767.000	762.700	502.900	502.900	52.900
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	44.808,91	12.000	14.000	14.000	14.000	14.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	80,00	1.300	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	10	10	10	10	10
= Ordentliche Erträge	78.888,91	780.310	777.210	517.410	517.410	67.410
- Personalaufwendungen	115.819,09	115.778	105.459	106.514	107.578	108.655
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	655,45	610	1.050	1.050	1.050	1.050
- Bilanzielle Abschreibungen	32,00	0	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	79.724,25	998.810	864.700	575.700	575.700	75.700
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.325,01	3.150	6.820	4.820	4.820	4.820
= Ordentliche Aufwendungen	201.555,80	1.118.348	978.029	688.084	689.148	190.225
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-122.666,89	-338.038	-200.819	-170.674	-171.738	-122.815
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	312,00	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.681,44	19.284	17.338	17.368	17.593	17.806
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-21.369,44	-19.284	-17.338	-17.368	-17.593	-17.806
= Ergebnis	-144.036,33	-357.322	-218.157	-188.042	-189.331	-140.621

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	60.000,00	767.000	762.700	0	502.900	502.900	52.900
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	46.631,84	12.000	14.000	0	14.000	14.000	14.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	531,00	1.300	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	10	10	0	10	10	10
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	107.162,84	780.310	777.210	0	517.410	517.410	67.410
- Personalauszahlungen	91.227,33	88.060	85.091	0	85.942	86.801	87.670
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	655,45	610	1.050	0	1.050	1.050	1.050
- Transferauszahlungen	67.700,25	998.810	896.650	0	575.700	575.700	75.700
- Sonstige Auszahlungen	5.281,97	3.150	6.820	0	4.820	4.820	4.820
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	164.865,00	1.090.630	989.611	0	667.512	668.371	169.240
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-57.702,16	-310.320	-212.401	0	-150.102	-150.961	-101.830
= Saldo des Teilfinanzplanes	-57.702,16	-310.320	-212.401	0	-150.102	-150.961	-101.830
= Saldo des Teilfinanzplanes	-57.702,16	-310.320	-212.401	0	-150.102	-150.961	-101.830

Erläuterungen

Zahl der Baudenkmäler 666

Zahl der Bodendenkmäler 61

Zahl der beweglichen Denkmäler 1

Zahl der erhaltenswerten historischen Gebäude 1.045

Gesamtzahl der Gebäude in Detmold 19.564

Die angestrebte Anzahl von Unterschutzstellungen ist wegen der kritischen Haltung bei den Denkmaleigentümern nur mit größerem Zeitaufwand für Überzeugungsarbeit realisierbar.

Die Anzahl der auf dem Denkmalwert zu prüfenden Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis setzt sich zusammen aus den in die Denkmalliste

bereits eingetragenen Baudenkmalern und den als nicht denkmalwert befundenen Bauwerken.

Bei dem Verhältnis der Baudenkmalern zum Gesamtgebäudebestand im Stadtgebiet ist die Gesamtzahl aller Häuser mit Hausnummern zugrunde gelegt worden.

Die zu betreuenden Objekte sind entweder denkmalgeschützt oder im Kulturgutverzeichnis aufgeführt. Im denkmalrechtlichen Verfahren werden Beratungen geleistet, Erlaubnisse und Steuerbescheinigungen erteilt und Förderanträge abgewickelt.

Die Beratungen erfolgen im Regelfall auf Initiative von Denkmaleigentümern, Antragstellern, Handwerkern oder Architekten. Die Beratungen haben sehr unterschiedliche Dauer. Sie erfolgen telefonisch, im Hause und am Objekt. Beratungen vor Ort, Beratungen mit Laien und Beratungen mit umfangreichen Veränderungsmaßnahmen erfordern sehr oft einen hohen Zeitaufwand (1 Stunde und länger).

Stellungnahmen nach Prüfung erfolgen schriftlich. Sie erfordern wegen des stets individuellen Sachverhaltes einen höheren Zeitaufwand. Je nach Komplexität der Maßnahme und Vollständigkeit der Antragsunterlagen beträgt der Zeitaufwand zwischen 1 bis 16 Stunden, im Ausnahmefall auch länger.

Hinweis: Die „Transferaufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus:

- 789.000 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße (Plan 2012: 500.000 €, Plan 2013: 500.000 €, Summe 2011-2013 insgesamt 1.789.000 €),

davon voraussichtlich Landes-/Bundeszuweisung 552.000 € (70 %, Plan 2012: 350.000 €, Plan 2013: 350.000 €, Summe 2011-2013 insgesamt 1.252.000 €)

und weitere Bundeszuweisung 157.800 € (20 %, Plan 2012: 100.000 €, Plan 2013: 100.000 €, Summe 2011-2013 insgesamt 357.800 €).

Der kalkulierte städtische Eigenanteil in Höhe von 10 % beträgt damit 2011 79.200 €, 2012 50.000 €, 2013 50.000 € und insgesamt 2011-2013 179.200 €

- 75.500 € Zuschuss Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen - wie Vorjahr - (davon Landeszuweisung 70 %)

- 0 € Denkmalförderung / Stadtpauschale

Durch Haushaltsbeschluss 2011 wurde die Stadtpauschale aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage gestrichen (zum Vergleich: Vorjahre jährlich 29.000 €).

Hinweis: Aufgrund der Schwankungen bei den geplanten Transferaufwendungen unterliegt die Kennzahl „durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreutem Objekt p. a.“ ebenfalls Änderungen.

Kurzbeschreibung

- Energie- und Umweltberatung
- Erstellen von Basisinformationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- a) aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Pressearbeit, Herausgabe von Falblättern und anderen Informationsmaterialien, Vorträge, aktionsorientierter Ansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit durch die Planung und Durchführung von Veranstaltungen.
- b) reagierende Öffentlichkeitsarbeit auf Anfragen sowie aktuelle umweltpolitische Entwicklungen.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms
- Einführung / Initiierung von Maßnahmen zur Erhaltung/Verbesserung der Umweltsituation in Detmold
- Umsetzung der Detmolder Baumschutzsatzung

Ziele

- Verbesserung der Umweltsituation in Detmold durch folgende Maßnahmen:
- Umweltberatung, Umweltinformation
 - Unterstützung von Umweltmaßnahmen Dritter
 - Betreuung der Bauschutzsatzung

Auftragsgrundlage

- Beschlüsse des HFA vom 09.02.1995 und 04.01.1996
- Ratsbeschluss vom 13.12.84 / des UA vom 12.02.85
- allgemeiner Auftrag an öffentliche Verwaltung, Lebensgrundlage langfristig zu erhalten
- Rats- und Ausschussbeschlüsse zum Klimaschutz
- Detmolder Baumschutzsatzung vom 17.09.2001

Zielgruppe

Alle Einwohner/innen Detmolds, von Fall zu Fall unterschiedliche Zielgruppe

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung
Haupt- und Finanzausschuss für Klimabeirat

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,96	1,96	2,26	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
in Verwaltungsgebäuden: Auswertungen mit Beratungen	Anz.	0	0	-	-	-	-
Private: Beratungen	Anz.	55	0	100	-	-	-
Veranstaltungen	Anz.	2	0	2	-	-	-
Förderprogramm nachträgl. Wärmedämmung: geförderte Maßnahmen	Anz.	111	30	40	-	-	-
Betreuung der Baumschutzsatzung - BaumSchS Ortstermine	Anz.	135	250	30	-	-	-
durch Beratung erhaltene Bäume	Anz.	25	50	6	-	-	-
Bescheide nach BaumSchS	Anz.	97	220	200	0	0	0
- positiv beschieden	Anz.	95	200	185	-	-	-
- Ablehnungen	Anz.	2	20	15	-	-	-
- Klagen	Anz.	1	5	5	-	-	-
Bußgeldverfahren nach Baumschutzsatzung	Anz.	1	4	5	-	-	-
Umweltberatung Erstellen von Informationsmaterial	Anz.	2	8	8	-	-	-
Veranstaltungen, Vorträge	Anz.	2	8	8	-	-	-
Presseinformationen	Anz.	6	20	12	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Energiesparen in Schulen: Rundschreiben u.ä.	Anz.	2	4	-	-	-	-
in Schulen: Beratungen vor Ort	Anz.	10	10	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Energiesparen	Anz.	69	14	102	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Klimaschutz	Anz.	55	50	20	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Umweltschutz	Anz.	220	800	700	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Baumschutz	Anz.	135	400	430	-	-	-
Anzahl Bescheide Baumschutz	Anz.	97	220	200	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Bescheide Baumschutz	Tg.	3	4	3	-	-	-
Aufwand für Beratungen in den Bereichen Energiesparen / Klimaschutz / Umweltschutz	€	76	27	27	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand Bescheid Baumschutz	€	469	232	232	-	-	-
Anzahl Ersatzpflanzungen	Anz.	128	200	250	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in m2	qm	29.700	488.000	488.000	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in %	%	23	1	1	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	61.700	14.920	18.730	12.300	3.700
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	110	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	6.375,00	2.100	6.100	6.100	6.100	6.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	3.250,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
= Ordentliche Erträge	9.625,00	64.910	22.120	25.930	19.500	10.900
- Personalaufwendungen	135.198,28	140.933	178.224	178.915	180.272	182.074
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.725,00	2.000	6.150	6.150	6.150	6.150
- Bilanzielle Abschreibungen	40,00	0	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	187.333,37	254.073	202.382	216.078	216.228	179.578
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.283,70	64.510	48.100	35.300	35.300	36.200
= Ordentliche Aufwendungen	331.580,35	461.516	434.856	436.443	437.950	404.002
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-321.955,35	-396.606	-412.736	-410.513	-418.450	-393.102
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	15.900,00	16.400	1.000	1.000	1.000	1.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.905,32	24.253	27.377	27.508	27.879	28.238
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-9.005,32	-7.853	-26.377	-26.508	-26.879	-27.238
= Ergebnis	-330.960,67	-404.459	-439.113	-437.021	-445.329	-420.340

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	61.700	14.920	0	18.730	12.300	3.700
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	110	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	4.375,00	2.100	6.100	0	6.100	6.100	6.100

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.375,00	63.910	21.120	0	24.930	18.500	9.900
- Personalauszahlungen	134.800,56	140.189	173.536	0	175.272	177.024	178.794
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.609,98	24.000	28.150	0	14.150	6.150	6.150
- Transferauszahlungen	187.333,37	254.073	202.382	0	216.078	216.228	179.578
- Sonstige Auszahlungen	4.154,68	64.510	48.100	0	35.300	35.300	36.200
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	331.898,59	482.772	452.168	0	440.800	434.702	400.722
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-327.523,59	-418.862	-431.048	0	-415.870	-416.202	-390.822
= Saldo des Teilfinanzplanes	-327.523,59	-418.862	-431.048	0	-415.870	-416.202	-390.822
= Saldo des Teilfinanzplanes	-327.523,59	-418.862	-431.048	0	-415.870	-416.202	-390.822

Erläuterungen

Angesichts der - auch im öffentlichen Bewusstsein - gestiegenen Bedeutung des Klimaschutzes ist hier auch auf kommunaler Ebene zusätzliches Engagement gefordert. Von besonderer Bedeutung ist Energiesparen in Gebäuden, sowohl städtische als auch private. Dabei soll verstärkt für Energiespar-Förderprogramme (KfW u. a.) geworben werden, um so auch Fördermittel nach Detmold zu lenken.

Hinweis: Die „Transferaufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus

- rd. 82.500 € Zuschuss an Niedrig-Energie-Institut (NEI)

Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht.

Der Erhöhungsbetrag wird jetzt für die Jahre 2011 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) für die Jahre 2011 (82.500 €), 2012 (83.000 €), 2013 (84.000 €) und 2014 (84.000 €) fortgeschrieben.

- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI

Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt.

- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfscher Hof (bis 2009: 19.800 €)

Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € jährlich festgesetzt.

- 37.500 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold (befristete Einstellung einer Klimaschutzmanagerin)

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Einzelheiten hierzu waren ausführlich in der Drucksache Nr. VV/241/2009 „Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes“ erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009). Dabei wurde von einer 80-%-Förderung durch den Bund ausgegangen. Ein entsprechender Förderantrag wurde gestellt und auch grundsätzlich bewilligt. Mit Schreiben vom 07.05.2010 hat das Forschungszentrum Jülich als Projektträger für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mitgeteilt, dass die entsprechenden Fördermittel für 2010 mit einer Haushaltssperre belegt sind, dass aber die Förderung 2011 fortgeführt und außerdem für die beratende Begleitung bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten der Fördersatz von 80 % auf 50 % abgesenkt wurde.

Für die Mittelanmeldung 2011 wurden die Verschiebung der Projektförderung und die Kürzung des Fördersatzes entsprechend berücksichtigt; so ist die befristete Stellenbesetzung ab 2011 aufgrund der Kürzung des Fördersatzes nur noch in Teilzeit beabsichtigt. Eine aktuelle Mitteilungsvorlage zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurde für die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 11.11.2010 erstellt (Drs. Fb 6/765/2010).

Hinweis: Die unter „Transferaufwendungen“ ausgewiesene Position Klimaschutz (Plan 2010: 8.660) wurde mit der unter „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ ausgewiesenen Position „Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes“ zusammengeführt und dabei stark gekürzt.

Für die Verleihung des Umweltpreises wurden für 2012 und 2014 jeweils 850 € eingeplant.

Hinweis: Die „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus

- 21.500 € Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes

Wie oben beschrieben, wurden die Positionen Klimaschutz (Plan 2010: 8.660 €) und Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes (Plan 2010: 17.330, Summe 25.990 €) zusammengeführt und dabei insgesamt um 4.490 € / 17 % gekürzt.

- 10.000 € Umsetzung Online-Energieberatung (2012 5.000 €, 2013 5.000 €, 2014 5.000 €)

als spezieller Teil der Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

- 13.800 € Umsetzung European Energy Award für externe Beratung (Planung 2012: 6.000 €, 2013: 6.000 €, 2014: 6.900 €). Die Maßnahme wird lt. Zuwendungsbescheid insgesamt mit rund 80 % Bundesförderung bezuschusst.

Einzelheiten zum European Energy Award sind ausführlich in der Drucksache Nr. VV/235/2009 erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009).

Hinweis: Die ab 2010 zunächst geplanten externen Aufwendungen für die Koordination European Energy Award werden bei der Mittelanmeldung 2011 ff. eingespart, weil die Aufgaben inzwischen nach Aufgabenverlagerung und Versetzung einer Kollegin aus dem FB 8 in den FB 6 mit eigenem Personal wahrgenommen werden.

Weiterer Hinweis:

Die Ist-Werte der Kennzahlen "Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn" in qm und % für 2009 werden mitgeteilt, sobald die Daten vom Kreis vorliegen und ausgewertet sind.